

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabak-Arbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 89 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gepaltene Pettizelle kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich am das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60 II. zu senden

Nr. 5

Sonntag, den 4. Februar

1912

Der Sieg der Sozialdemokratie.

Der sozialdemokratische Sieg bei den diesjährigen Reichstagswahlen ist der größte, den die Partei jemals erfochten. Vier und eine viertel Millionen Stimmen bei den Hauptwahlen bedeuten gegenüber den stärksten bürgerlichen Parteien eine erdrückende Uebermacht. Die starke Stimmenzunahme um eine Million ist kein Zufallserfolg, sondern bestätigt nur das ununterbrochen sichere Fortschreiten der Partei, das durch die Gottentodwahlen des Jahres 1907 vorübergehend gehemmt worden ist. Eine ungewöhnliche reaktionäre Erscheinung kann wohl den wirklichen Stand der Dinge verdunkeln, nicht aber dauernd beeinflussen oder gar den Fortschritt aufhalten. Reaktionärer Druck erzeugt um so stärkeren Gegenbruch, der beim Zusammenprall überwiegt, das hat diese Wahl wieder gelehrt. Mit frohen Hoffnungen darf daher die sozialdemokratische Arbeitererschaft in die Zukunft sehen.

Freilich, zu überschwenglichen Siegesberherrlichungen liegt trotzdem keine Ursache vor, es gibt manchen, dem die 110 sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage falsche Vorstellungen erwecken. Sogar in der gewerkschaftlichen Presse tauchen falsche Vorstellungen auf über das, was nun der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag wartet. Dabei vergißt man, daß alle Handlungen der Fraktion sich nach den dargebotenen Verhältnissen richten müssen. Niemand kann für eine verhältnismäßig geringe Zeit voraussehen, welche Umänderungen die wirtschaftliche Entwicklung hervorruft, die ganz spezielle Maßnahmen oder gesetzgeberischen Tätigkeiten erfordern. Die Richtung etwaiger Änderungen ist wohl erkannt und es ist die Sozialdemokratie selbstverständlich, daß sie ihren verstärkten Einfluß mit allen Mitteln dahin geltend zu machen sucht, daß alle Neuerungen der Gesamtheit, speziell aber den arbeitenden Klassen zugute kommt, die am meisten unter den gegenwärtigen Verhältnissen leiden.

Ferner bestimmt nicht die Sozialdemokratie allein etwa den Gang der parlamentarischen Angelegenheiten, die Taktik ihrer Gegner nötigt sie, diese Taktik mit in den Kreis ihrer Betrachtungen und Berechnungen zu ziehen. Es ist darum auch eine falsche Auffassung über die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion, wenn einzelne Optimisten glauben, sie könnte bestimmend in den Gang der Dinge eingreifen, wenn sie sich mehr an die bürgerliche Linke anlehne. Diese voreilige Vorstellung von den Parlaments- und Parteiverhältnissen kann bei der ersten besten Gelegenheit einen starken Nasenstüber erhalten. Erst müßten doch die Parteien der bürgerlichen Linken beweisen, wie sie sich dem Vorwärtsdrängen der Sozialdemokratie gegenüber verhalten! Wie weit dann taktische Annäherungen möglich und angebracht sind, muß sich aus der jeweiligen Situation ergeben.

Doch das alles wird sich naturgemäß regeln und wir würden kein Wort hier darüber verlieren, wenn nicht die falsche Auffassung, die in einzelnen Presseäußerungen zum Ausdruck kam, falsche Vorstellungen in Arbeiterkreisen erwecken könnte. Es wird sich ja nach dem Einzuge der starken sozialdemokratischen Fraktion zeigen, wie die herrschenden Klassen die veränderte Situation beurteilen und darnach handeln werden. Glaubt jemand, die Einigkeit zwischen Nationalliberalen, Konservativen und dem Zentrum gegenüber den Arbeitern und ihrer Vertretung im Reichstage sei durch den Ausgang der Wahlen gestört? Wer das glaubt, den müßten schon die Mogeleyen der Nationalliberalen mit dem Zentrum und den Konservativen bei den Stichwahlen belehren haben. Wie die Nationalliberalen von 1890 bis zur Auflösung des Reichstages 1906 unter der Führung des Zentrums, als der stärksten Fraktion, die Regierungsmehrheit bilden halfen, so werden sie demnächst in derselben Gruppierung sich der Regierung zur Verfügung stellen. Nun, und was von den Nationalliberalen als Regierungspartei zu erwarten ist, das haben die Arbeiter wahrlich zur Genüge kennen gelernt. Ob hier und da gelegentlich mit ihnen einige Konzessionen zu erringen sind, wird sich erst zeigen müssen. Zu optimistischer Annahme liegt nicht die geringste Veranlassung vor.

Dagegen wird zweifellos die sozialdemokratische Fraktion ihrer jetzigen Stärke entsprechend alle Rechte des Reichstages für ihre Zwecke in Anspruch nehmen und dadurch selbständig schon stärkeren Einfluß auf Inhalt und Gang der Verhandlungen ausüben können. Wie sie das tun wird, darüber hat sie allein zu befinden, wie sie auch die Verantwortung dafür vor der Partei hat.

Alle derartige Betrachtungen können uns jedoch die Freude an dem großartigen Siege der Partei nicht dämpfen. Bestätigt er, wie gesagt, den unaufhaltamen Fortschritt der sozialdemokratischen Bewegung, so stärkt er auch die Zuversicht auf den endgültigen Sieg, den Sieg

über die gegenwärtige Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Dierin liegt die tiefere Bedeutung dieses Wahlsieges, zu dem außer der sozialdemokratischen Propaganda natürlich auch die durch die herrschenden Klassen traurig gestalteten Zustände beigetragen haben.

Alle Betrachtungen über den Sieg in der sozialdemokratischen Presse schließen jedoch in richtiger Würdigung mit der Aufforderung, alles, was durch diesen Sieg erreicht worden ist, durch eine kräftige, prinzipielle Propaganda zu befestigen und so die gewonnenen Massen zu einem geschlossenen, fest organisierten Arbeiterheere zu machen. Insofern brachte der Sieg neue Aufgaben und legte stärkere Pflichten der Partei auf. Je gewissenhafter sie erfüllt werden, um so schneller rückt der Zeitpunkt der Erlösung der darbenenden Menschheit heran.

Nur vorwärts!

Das Ergebnis der Reichstagswahlen von 1912.

Parteien	Bisherige Reichstagsmandate	Gewinn in der Hauptwahl	Gewählt in der Stichwahl am			Insgesamt gewählt	Verlust	Gesamt
			20.	22.	25.			
Sozialdemokraten	53	64	8	27	11	110	12	69
Fortschr. Volkspartei	49	—	17	18	7	42	22	15
Nationalliberale	51	4	20	13	7	44	30	23
Konservative	59	27	9	5	2	43	25	6
Reichspartei	25	5	6	1	2	14	14	5
Deutsche Reformpartei	3	—	2	1	—	3	3	—
Wirtschaftliche Vereinigung u. zw.: Deutschnational	5	—	2	—	—	2	4	1
Christlich-sozial	2	1	2	—	—	3	—	1
Bund d. Landwirte	4	—	—	1	—	1	—	—
Sonstige	7	—	—	—	—	2	6	1
Deutscher Bauernbund	—	—	1	1	—	2	—	—
Bayerischer Bauernbund	—	—	1	1	—	2	—	—
Zentrum	103	81	7	3	2	98	15	5
Polen	20	14	—	2	2	18	2	—
Estländer	5	5	—	—	—	5	—	—
Lothringer	3	1	—	1	—	2	1	—
Welfen	1	1	—	3	—	5	1	—
Dänen	1	1	—	—	—	1	—	—
Wilde	6	—	2	1	—	3	—	—
	397	206	78	80	33	397		

Die Reichstagswahlen seit 1890.

	Wahl 1890	Wahl 1893	Wahl 1898	Wahl 1903	Wahl 1907	Wahl 1912
Sozialdemokraten	35	44	56	81	43	110
Fortschr. Volkspartei	76	48	50	36	47	42
Nationalliberale	42	53	47	50	56	44
Konservative	78	72	56	52	60	43
Reichspartei	20	28	23	20	23	14
Deutsche Reformpartei	5	16	13	11	6	3
Wirtsch. Vereinigung ¹	—	—	—	—	20	10
Deutscher Bauernbund	—	—	—	—	—	2
Bayer. Bauernbund	—	—	8	6	8	2
Zentrum	106	96	107	103	106	93
Polen	16	19	14	16	20	18
Estländer	10	8	10	—	—	5
Lothringer	—	—	—	4	3	2
Welfen	11	7	9	3	—	5
Dänen	1	1	1	1	1	1
Wilde	—	9	12	2	4	3

¹ Die jetzige Fortschrittliche Volkspartei umfaßt die früheren drei Parteien: Freisinnige Volkspartei, Freisinnige Vereinigung und Süddeutsche Volkspartei.

² Die Wirtschaftliche Vereinigung setzt sich aus Deutschsozialen, Christlichsozialen, konservativen Bauernbündlern und Mittelständlern zusammen.

Ministerielle Gelährtheit.

Die plattesten Gemeinplätze sind den Reaktionsären gerade gut genug zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung. Wenn irgend ein Mißstand auf wirtschaftlichem Gebiete einreißt, müssen die Arbeiter daran schuldig sein; entweder sind sie den Fortschritten der Technik nicht gewachsen, oder sie stellen zu hohe Ansprüche, indem sie aus den technischen Fortschritten Vorteile in Form höherer Löhne ziehen wollen, oder sie sind technischen Fortschritten hinderlich, weil sie höhere Löhne fordern; oder sie erschweren die Konkurrenz durch ihre Forderungen; oder sie sind der Entfaltung der Unternehmer-Intelligenz hinderlich, oder wie der Unstern sonst lauten mag, durch den man die Arbeiter mitverantwortlich machen will für die Mißstände kapitalistischer Wirtschaft.

Nicht zu vergessen, daß man auch den sozialdemokratischen Arbeitern die Schuld aufzubürden sucht für die reaktionären Ausflüsse eines Absolutismus, der die Konstitution des Reiches zu einer Farce machen möchte. Weil, so heißt es, die Arbeiter zu weitgehende Forderungen stellen, darum sei nichts zu erreichen und die Re-

aktion habe infolge dieser Forderungen starken Rückhalt. Alle diese und andere fade Einwendungen gegen die vorbringende Arbeiterbewegung sind tausendmal abgetan, aber immer wieder wagen Feinde der Arbeiterbewegung dergleichen unsinniges Zeug gegen sie ins Feld zu führen.

Indes ist dies kein Wunder, wenn selbst Minister die abgedroschenden Redensarten gegen die Arbeiterbewegung immer wieder herleiern, ohne den kleinsten Versuch zu machen, ihre Behauptungen durch Tatsachen zu stützen, wie es jüngst der preussische Handelsminister Sydow in einer Festrede zur Vorfeier des 200. Geburtstages des „alten Fritz“ im „Verein zur Förderung des Gewerbesinnes“ in Berlin tat. Der Minister warf einen Rückblick auf die Handels- und Industrieentwicklung und konstatierte die „steigende Entwicklung der Industrie“, sowie daß der „Außenhandel in den letzten zwei Jahren in Einfuhr und Ausfuhr bedeutend gewachsen“ sei. Er glaube aber nicht, „daß wir einer stürmischen Hochkonjunktur entgegengehen, könne es auch nicht wünschenswert sein, weil dann der Rückschlag um so stärker sein würde.“ An sich sei unsere wirtschaftliche Lage gesund und kräftig, aber ihr drohten Gefahren von vielen Seiten. „Einer rapiden Entwicklung ständen ferner die Ausgaben der neuen sozialpolitischen Gesetze und zuletzt die Arbeiterbewegung entgegen.“

So viel berichtet die „Handelszeitung des Berliner Tageblattes“ über die Rede des Ministers. Leider erfährt man daraus nicht, ob und welche Gründe der Minister für seine Behauptung über die Arbeiterbewegung angeführt hat. Aber wenn der Minister die „Ausgaben infolge der neuen sozialpolitischen Gesetze“ als ein Hindernis für die Entwicklung der Industrie hinzustellen wagt, dann darf man wohl annehmen, daß seine etwaigen Verweisgründe für die Schuld der Arbeiterbewegung sich auf gleicher Höhe bewegen.

Was der Minister über die sozialpolitischen Gesetze sagte, ist der Arbeiterbewegung seit mehr als 25 Jahren, seit der Einführung der reichsgesetzlichen Regelung der Arbeiterversicherung entgegengehalten worden, ohne durch die tausendfache Wiederholung auch nur den Anschein der Wichtigkeit gewonnen zu haben. Die sozialpolitischen Ausgaben, so hieß es sogar noch bei den eben verflochtenen Reichstagswahlen, belasteten das Unternehmertum ungemain und man dürfe nicht weiter gehen, weil noch höhere Aufwendungen für die Arbeiter nicht nur die Unternehmer, sondern die gesamte Industrie schädigen müßte. Alte Phrasen, die doch nicht hinderten, daß unter oder trotz der staatlichen Arbeiterversicherung die deutsche Industrie in den letzten 20 Jahren den gewaltigen Aufschwung nahm, der Deutschland in der Welt voranbrachte, aber — und das ist die Hauptsache — auch die Riesenkapitalien dem Unternehmertum eintrug, die in der Industrie investiert sind oder sonstige den Besitzern erhebliche Renten einbringen. Keine Spur von Hemmnis dieser Entwicklung durch die sozialpolitischen Ausgaben. Die klingenden Tatsachen erraffter und aufgespeicherter Riesenkapitalien widerlegen die von dem Minister nachgerebeten Behauptungen ausbeutungslustiger Unternehmer und ihrer agitatorischen Kommis.

Brauchen wir noch hinzuzufügen, daß die „neuen sozialpolitischen Gesetze“, die Reichsversicherungsordnung, mit ihren Bettelbroden für die Arbeiter von ihnen mit Recht als Hohn auf eine gesunde, wirklich arbeiterfreundliche Sozialpolitik aufgefaßt wird und daß sich die Arbeiter infolgedessen gezwungen sehen, dem Reichstage ihre alten Forderungen für Arbeiterschutz immer dringender zu unterbreiten? Sollte der preussische Handelsminister nicht wissen, daß einer seiner Vorgänger, Herr v. Berlepsch, vor 20 Jahren den Versuch machte, den kurz vorher veröffentlichten kaiserlichen Erlassen entsprechend sozialpolitische Gesetze zu schaffen, die die Einleitung eines Arbeiterschutzes bilden sollten, aber von den Vertretern des Ausbeutertums daran gehindert wurde? Ach ja, er weiß es. Aber gerade deshalb stellt er sich in den Dienst des Unternehmertums und stellt beweislos und entgegen den Tatsachen die Behauptung auf, die Entwicklung der Industrie werde gehemmt durch die Ausgaben, die sozialpolitische Maßnahmen den Unternehmern auferlegen. O, wie gut ist doch Handel und Industrie in der preussischen Regierung vertreten durch diesen Minister.

Doch weiter. Die Arbeiterbewegung ist an und für sich schon ein Hindernis für die Entwicklung der Industrie, jagte derselbe Minister — und betet damit die bekannte arbeiterfeindliche Redensart aller Ausbeuter nach. Er ahnt nicht, wie er sich damit bloßstellt. Denn gerade umgekehrt steht die Sache.

Die Arbeiterbewegung hat das große Verdienst, die Arbeitererschaft in der Beziehung auf eine höhere Stufe gehoben zu haben. Wie die Arbeiterpartei

Bürgerlichen Parteien längst überflügelt hat, nicht nur an ziffernmäßiger Stärke, vielmehr an höherer Auffassung und besserer Beurteilung politischer Zustände, so hat auch die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiter ihre Arbeitskraft und Arbeitsleistung unendlich gehoben. Ohne die gewerkschaftliche Schulung, die den ökonomischen Verhältnissen entsprechend die Arbeiter ausbildet, stünde der Industrie, überhaupt aller Gewerbstätigkeit, keine so fortgeschrittene, verständige und leistungsfähige Arbeiterschaft zur Verfügung. Diese intellektuelle Hebung der Arbeiterschaft verschafft der Industrie, richtiger dem Unternehmertum, unberechenbare Vorteile, denen gegenüber die paar Pfennige mehr Lohn, die sich die Arbeiter obendrein erst erkämpfen mußten, einen Pfifferling bedeuten.

Aber gerade die winzigen Lohn erhöhungen sind es, die von den profitgierigen Unternehmern als ein Hindernis für die Industrie bezeichnet werden. Auch hier ist das gerade Gegenteil wahr. In ihrer mahnwürdigen Gewinn- sucht rechnen sie sich kurzfristig aus, daß sie mehr Gewinn einstecken könnten, wenn sie weniger Lohn zu zahlen brauchen. Diese Rechnung beweist nur das Nichtverständnis der Entwicklung kapitalistischer Wirtschaft. Erhalten die Arbeiter mehr Lohn, so wirkt das vorteilhaft auf die Nachfrage nach Waren ein, da die Arbeiter in Stand gesetzt worden sind, mehr Waren kaufen zu können. Und da sie als breite Masse Hauptkonsumenten sind, so muß das dem Aufschwung der Warenproduktion förderlich sein. Nun ist es doch jedem simplen Kenner kapitalistischer Produktion klar, daß vermehrte Produktion höhere Gewinne einträgt. Führt also die Arbeiterbewegung zu höheren Löhnen, so ist das der Entwicklung der Industrie nicht hinderlich, sondern förderlich.

Das braucht aber ein preussischer Handelsminister nicht zu wissen, der nach seinen Befugnissen überhaupt nichts zur Entwicklung der Industrie beiträgt, sondern einfach die fertigen Tatsachen, die diese Entwicklung schafft, ad notam nimmt und sie höchstens gelegentlich als Folgen ausbändiger Staatsweisheit ausschreit, obgleich diese Staatsweisheit nur Nachwächterdienste für den Kapitalismus leistet. Aber es geht nichts über die ministerielle Gelahrtheit, die sich spreizt und kräht, als ob sie die Geheimnisse der künftigen Entwicklung sicherer vorherzusagen könnte, als eine Kartenlegerin.

Rundschau.

Reichsgesetzliche Regelung der Sonntagsruhe. Aus amtlichen Bureaus wird gemeldet: Unter den Vorlagen, die dem Bundesrat gegenwärtig zur Beschlußfassung vorliegen und dem neuen Reichstage zur Beratung zugehen werden, befindet sich auch ein Gesetzentwurf zur Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Ob jedoch die Vorlage schon in dem nächsten Tagungsabschnitt kommen wird, steht noch dahin. Bekanntlich ist bereits vor einer Reihe von Jahren ein Vorentwurf für eine gesetzliche Neuregelung der Sonntagsruhe vorgelegt. Die Vorlage, die jetzt im Bundesrat vorliegt, wird nicht bis an die Grenze gehen, die der Vorentwurf in Aussicht nahm. Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe ist durch die Gewerbeordnung geregelt, trotzdem nimmt man an, daß es sich bei dem Entwurf nicht um eine Novelle zur Gewerbeordnung, sondern um eine selbständige Vorlage handeln wird.

Aufhebung des Kartoffelzoll. Die Handelskammer in Breslau beschloß eine Eingabe an die Reichsregierung, sie möge wegen der diesjährigen Kartoffelnot den alljährlich von Mitte Februar bis Ende August geltenden deutschen Kartoffeleinfuhrzoll von einer Mark pro Doppelzentner für dieses Jahr aufheben.

Der Entwurf eines Reichsnahrungsmittelgesetzes soll nach den vorliegenden Blättermeldungen sowohl im Reichsgesundheitsamt als auch bei den sonstigen zuständigen Reichsbehörden eifrig gefördert werden. Es handelte sich dabei insbesondere darum, für eine ganze Reihe von Produkten, die starke Abnahme finden, z. B. Kakao, Kaffee, Mehl usw. eine äußerste Grenze zu finden, die in bezug auf Reinheit festzulegen sei.

Da die Materie außerordentlich umfangreich ist, lasse sich noch nicht bestimmen, wann der Gesetzentwurf den Reichstag beschäftigen kann.

Der Vermögensbestand der gesamten staatlichen Versicherungsträger ist jetzt, nachdem die betreffenden Zahlen auch für die Unfall- und die Invalidenversicherung veröffentlicht sind, genau zu berechnen. Die Krankenkassen hatten 1910 einen Ueberschuß der Aktiva über die Passiva in Höhe von 296,4 Millionen Mark. Die Berufsgenossenschaften hatten mit den noch ausstehenden Beiträgen zu gleicher Zeit Reservefonds in Höhe von 318,9 Millionen Mark. Rechnet man alle drei Zahlen zusammen, so kommt man für das Ende des Jahres 1910 zu einem Vermögensbestande aller staatlichen Versicherungsträger in Höhe von 2284,2 Millionen Mark. Bei allen dreien dürfte das Vermögen im Jahre 1911 wieder einen Zuwachs erfahren haben. Genauere Zahlen hierüber aber wird man erst später erhalten.

Die Handlanger der Scharfmacher jammern über den Ausfall der Reichstagswahlen. Wie betrübte Lohgerber sehen sie ihre Felle fortzufliegen. Selbst die „Post“, deren Freiheit gegen die Arbeiter sonst keine Grenzen kennt, verzweifelt an ihrer eigenen Heberei und sieht die Aussichten für Ausnahme- und Zuchtengesetze schwinden. Herzbrechend heißt sie:

„Noch schlimmer (als an dem Gebiete der „großen Politik“ und der Kolonialpolitik. Red. d. Z.) ja geradezu verhängnisvoll kann die Zusammenkunft des Reichstages auf unsere Sozialpolitik einwirken. Der unserer Industrie wie unserem Gewerbe notwendige, von der Regierung geplante Schutz der Arbeitswilligen kann natürlich von vornherein als abgetan gelten. Gegen rund 10 Stimmen der Sozialdemokratie, rund 60 des Liberalismus und ungefähr 30 Stimmen des Zentrums (soviel dürften wohl abspalten) würde jede derartige Vorlage oder auch nur der Versuch einer solchen Vorlage glatt erledigt sein. Und was auf der andern Seite diese sozial-unpolitische Mehrheit der Industrie für neue Lasten aufzubürden

vermag und wahrscheinlich aufladen wird, mag die Zukunft erweisen.“

Noch vor 14 Tagen gab sich die „Post“ der Hoffnung hin, der neue Reichstag werde bestimmt ein Zuchtengesetz zum „Schutz der Arbeitswilligen“ machen. Vor allem aber werde er der Sozialpolitik ein „Bis hierher und nicht weiter!“ entgegensetzen. Und nun? Schrecklich, zu denken, wie der neue Reichstag den Arbeitern die Möglichkeit geben könnte, die armen Unternehmer auszupeinigen und bis aufs Blut zu peinigen. Dann geht die Welt unter! Aber das ist den Sozialdemokraten ganz egal, was dann aus der „Post“ und anderem Geziefer wird, denn die fürchten den Teufel nicht, geschweige denn die Scharfmacher mitsamt der „Post“.

Der Staat als Unternehmer. Den Arbeitern der preussischen und der sächsischen Staatsbahnen wird von den Regierungen bekanntlich nicht nur das Koalitionsrecht rundweg abgesprochen, es wird ihnen auch jede sofortige Entlassung verboten. So wurden kurz vor der Reichstagswahl die Eisenbahnarbeiter durch die bekannten Verfügungen über „nationale“ Stimmabgabe zu beeinflussen gesucht, nachdem ihnen verschiedentlich kleinere Lohnzulagen gemacht worden waren. Die sächsische Eisenbahnverwaltung gewährte eine Lohnzulage von 20 % pro Tag ab 1. Oktober 1911, und diese Zulage bezeichnete der Eisenbahnminister v. Seydewitz im sächsischen Landtage als weitgehende Vergünstigung. Inzwischen haben aber die Werkstattarbeiter die Erfahrung machen müssen, daß die Lohnzulage für sie gar nicht in Frage käme, denn es wird jetzt fortwährend an den Stückpreisen „reguliert“, so daß nach der Lohnzulage zum Teil weniger verdient wird, wie vorher. Aber selbst bei den Betriebsarbeitern und bei den Arbeitern der Bahnmeistereien bildet diese Lohnzulage nur einen Tropfen auf einen heißen Stein.

Von den Arbeitern wird immer höhere Arbeitsleistung verlangt, und ihre Bezahlung wird schlechter statt besser. Man betrachte nur folgende Zahlen, die dem statistischen Bericht der sächsischen Staatsbahnen für 1910 entnommen sind: Die Gesamteinnahmen aus dem Personen- und Güterverkehr betrugen: 167 656 246 M im Jahre 1909 und 179 087 253 M im Jahre 1910. Auf einen Kilometer mittlere Betriebslänge kamen 1909: 51 202 M — 1910: 54 014 M. Das ist eine ganz enorme Steigerung des Verkehrs. Trotzdem wurde das Personal nicht wesentlich vermehrt, und die Gesamtsumme an Lohnausgaben ist von 1909 zu 1910 zwar nur um 2,2 Millionen gestiegen; sie betrug aber im Verhältnis zur Gesamteinnahme 1909: 20 Prozent und 1910 nur 19 Prozent, während die Ueberschüsse von 25,50 Prozent im Jahre 1909 auf 29,05 Prozent im Jahre 1910 im Verhältnis zur Gesamteinnahme gestiegen sind. Der Ueberschuß betrug 1909: 42 757 497 M und 1910: 52 033 733 M. Das Jahr 1911 brachte nun eine weitere gewaltige Steigerung des Verkehrs und damit eine ungeheure Mehrbelastung des Personals.

Aus dem statistischen Bericht ist weiterhin aber auch ersichtlich, daß die Löhne der unteren Eisenbahner gänzlich unzureichend sind. So beträgt der durchschnittliche Tagesverdienst im Jahre 1910 (vom 1. Oktober 1911 ab kommt dazu durchschnittlich 20 % Zulage) für die Bahnunterhaltungsgewerksarbeiter 3,03 M, bei der Bahnbewachung sogar nur 2,72 M, bei den Neubauarbeitern 3,26 M, beim Jugendbegleitungsdiens 3,24 M, bei den Werkstattarbeitern im Zeitlohn nur 3,69 M, im Stücklohn 5,48 M. Der Durchschnittsverdienst familiärer Arbeiter, deren Zahl sich auf rund 30 000 beläuft, wird auf 3,46 M pro Tag angegeben. Bei solch geringem Lohn muß das Personal, mit Ausnahme der Arbeiter in den Hauptwerkstätten, deren Arbeitszeit täglich 9 Stunden beträgt, wöchentlich bis zu 142 Stunden Dienst leisten. Nicht mehr als 56 Stunden durchschnittlich pro Woche arbeiten nur 4,78 Prozent, über 56—63 Stunden 4,34 Prozent, über 63—70 Stunden 22,66 Prozent, über 70—77 Stunden 37,54 Prozent, über 77—84 Stunden 19,29 Prozent, über 84—91 Stunden 7,17 Prozent und mehr als 91 Stunden wöchentlich noch über 4 Prozent. Das ist eine ungeheuerliche Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, und die Lage der sächsischen Eisenbahnarbeiter ist nach diesen amtlichen Ziffern eine tieftraurige.

Dazu kommt aber noch die Entrechtung und die oft schimpfliche Behandlung des unteren Personals durch die Vorgesetzten. Wenn trotzdem ein solcher Geist, wie er sich wieder gelegentlich der Reichstagswahlen bei den sächsischen Eisenbahnern offenbart hat, die große Mehrheit des bedrückten und abgeraden Personals beherrscht, so ist das ein gutes Zeichen des erwachenden Klassenbewußtseins der Eisenbahnarbeiter. Wenn diese Arbeiter in der nächsten Zeit die Augen auf den sächsischen Landtag richten, so wissen sie wohl, daß sie Vertretung ihrer Interessen nur von der Sozialdemokratie zu erwarten haben. Sie wissen aber auch, daß sie vom Parlament allein das Heil nicht erwarten dürfen, sondern daß sie gleich ihren Arbeitsbrüdern in der Industrie und im privaten Verkehrs- und Transportgewerbe in der freien gewerkschaftlichen Organisation für eine bessere Lebenshaltung kämpfen müssen. Das wissen sie wohl. Der Staat aber, der sie ausbeutet bis aufs Äußerste, entzieht ihnen das Recht der Koalition. Deshalb richtet sich ihr Kampf zunächst auf die Erringung des Koalitionsrechts, und in diesem Kampfe verdienen die Eisenbahner die weitgehendste Unterstützung und Förderung durch die organisierten Arbeiter.

Die Wahl der Krankenkassenbeamten nach der Reichsversicherungsordnung. Die Reichsversicherungsordnung wirft ihre Schatten bereits voraus: Nach § 349 derselben, sowie Artikel 38 des Einführungsgesetzes und § 3 der Bekanntmachung des Reichsfinanzlers vom 1. August 1911 muß die Anstellung der Beamten in der Weise erfolgen, daß bei der Abstimmung hierüber die Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Vorstand getrennt abstimmen müssen. Dabei muß der zu Wählende in beiden Körperschaften die Majorität der Stimmen erhalten. Wird diese nicht erreicht, so hat eine zweite Wahlhandlung stattzufinden, in welcher dann die Zweidrittelmajorität entscheidet. In beiden Fällen bedarf die Anstellung der Bestätigung des

Verständigungsausschusses. Insbesondere die Arbeitgeber das erhaltene Mehrrecht auszuüben verstehen oder versuchen zur Anwendung zu bringen, beweist ein Fall, der sich jüngst bei der Pforzheimer Ortskrankenkasse ereignete. Vor Jahresfrist wurde ein Hilfsarbeiter A. angestellt. Die Arbeitgeber waren teilweise dagegen, weil nach ihrer Ansicht der Anzustellende zu alt (46 Jahr) war, weil er beim Metallarbeiterverband beschäftigt gewesen sei usw. Die Angelegenheit hatte zur Folge, daß betreffs der Wahl ein Arbeitgeber aus dem Vorstand auschied, wenigstens wurde der Grund seines Vorgehens damit teilweise begründet. Nachdem der nun Gewählte ein Jahr beschäftigt war, nahm der Vorstand in einer Sitzung zu der festen Anstellung Stellung. Die erste Abstimmung ergab, daß die Arbeitnehmer geschlossen für die Anstellung stimmten, während die Arbeitgeber nur einer dafür und drei dagegen stimmten. Die Wahl mußte also wiederholt werden. Bei der zweiten Abstimmung ergab sich zwar die Zweidrittelmajorität, aber das Schiedsgericht für Arbeiterverflechtung gab erst die Bestätigung, nachdem die Arbeitgeber und der Vorsitzende der Kasse gehört worden waren. Man sieht hier, daß die Arbeitgeber ihre Macht, die ihnen die Reichsversicherungsordnung gegeben hat, nach allen Regeln der Kunst auszunutzen verstehen.

Schutz der Arbeitswilligen! Etwa dreißig organisierte Dachbeder sind im vorigen Jahre in Breslau zu Gefängnisstrafen oder hohen Geldstrafen verurteilt worden, weil sie Arbeitswillige während des Streiks im Sommer „belästigt“ und „beleidigt“ haben sollen. Auch in diesem Jahre läßt der Dachbederstreit die Breslauer Gerichte nicht zur Ruhe kommen; viele „Terroristenprozesse“ stehen noch bevor. Die organisierten Dachbeder Wilhelm Torke, Wilhelm Plätsche und Richard Ruchnig hatten sich am Montag wegen Körperverletzung, Beleidigung und Gewerbevergehens vor dem Breslauer Schöffengericht zu verantworten. Als Belastungszeugen traten die Arbeitswilligen Karl Glanz und Paul Maschallak aus Breslau auf. Das Gericht sprach Torke frei und setzte gegen Ruchnig wegen einfacher Körperverletzung fünf Wochen Gefängnis, gegen Plätsche eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten fest, lediglich auf Grund der widersprüchlichen Aussagen der beiden Arbeitswilligen.

Ein Unternehmerangriff auf Gewerkschaftskassen wurde in Fürth i. B. abgeschlossen. Die Buntpapierfabrik Gebr. Stern (Inhaber Kaufmann) hatte wiederholte Versuche des Fabrikarbeiterverbandes zu Verhandlungen wegen Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung zurückgewiesen und die Zuschriften des Verbandes uneröffnet zurückgeschickt, worauf die Arbeiter und Arbeiterinnen der Fabrik durch Handzettel zu einer Versammlung eingeladen wurden, die den Streik beschloß. In den Handzetteln befand sich der Passus: „Herr Kaufmann lehnt es ab, berechtigzte Forderungen seiner Arbeiter entgegenzunehmen“. Dieser Satz gab dem Unternehmer, ließ Zivilklage auf einen Schadenersatz von „vorläufig“ 3000 M zu stellen, weil die angegebene Behauptung unwahr sei; er habe gern mit seinen Arbeitern einzeln verhandeln wollen, nicht aber mit dem Verband. Wenn der Einberufer Koch, gegen den sich die Klage richtete, diese Tatsache in der Versammlung mitgeteilt hätte, wäre der Streikbeschuß nicht gefaßt worden und die Schädigung unterblieben. Das Gericht ging auf diese keinen Kniffe nicht ein und ließ den Herrn mit seiner Klage abblitzen. Das könnte den Scharfmachern so passen, wenn sie auf solche Weise die Gewerkschaftskassen ausplündern könnten.

Berichte.

Beienkamp. Am 21. Januar fand hier die Mitgliederversammlung statt, mit der Tagesordnung: 1. Welche Lehren ziehen die Tabakarbeiter aus der beendeten Aussperrung und den Reichstagswahlen; 2. Abrechnung vom 4. Quartal; 3. Wahl der Verwaltung; 4. Verschiedenes. Zum Punkt 1 nahm Kollege Wepler, der als Gast anwesend war, das Wort. Er schilderte in trefflichen Worten das Verhalten der Fabrikanten bei der Aussperrung und bei den Reichstagswahlen. Es müßte ganz besonders bedauert werden, daß hier und da nach Kollegen sich gefunden hätten, die ihre Stimme der Partei der Fabrikanten, den Liberalen, gegeben hätten. Daraus erwache uns die Aufgabe, nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch unsere Mitglieder zu schulen. Auch müsse jeder Kollege nun eifrig teilnehmen an der Agitation, damit der von den Fabrikanten verpöbete Frühling der Tabakarbeiter auch wirklich als Frühling der Tabakarbeiter betrachtet werden könnte. Die Abrechnung gab Kollege Herm. Böllger. Bemerkten wollen wir noch, daß im verflorenen Jahre unsere Kasse mit 53 auf 83 gestiegen ist. Es konnte dem 2. Bevollmächtigten die Entlastung erteilt werden. Als 1. Bevollmächtigter wurde Wilhelm Ebert wiedergewählt, als 2. Herm. Ebert gewählt. Als 3. Bevollmächtigter wurde Ernst Tappe wiedergewählt. Zum erstenmal wurde in unserer Mitgliederversammlung scharf Kritik geübt, woran sich mehrere Kollegen beteiligten. Es sollte der Streikleiter nicht zeitig genug die Kommission haben wählen lassen, die bei den Fabrikanten vorstellig werden sollte zwecks Einstellung. Kollege Böllger meinte, seine Schuldbildung hierin getan zu haben. Das Schlusswort in dieser Angelegenheit nahm noch Kollege Tappe, welcher meinte, falls diese Angelegenheit vor der Wahl behandelt wäre, wäre dieselbe auch anders ausgefallen. Er glaube, im Einverständnis mit der Versammlung zu handeln, wenn er dem Kollegen Böllger seinen Dank ausspreche für seine Treue, die er 4 Jahre der Kasse bewiesen hat, und hoffe, daß er daselbstige auch als zielbewußter Kämpfer fernherin tue.

Magdeburg. Am 22. Januar tagte hier bei U. Böhme eine Quartalsversammlung. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Kassenbericht; 2. Vorstandsbericht; 3. Wahl der Bevollmächtigten und Revisoren; 4. Verbandsangelegenheiten. Der 2. Bevollmächtigte, Kollege Schanz, gab den Kassenbericht. Die Einnahmen betrugen 1770,73 M, die Ausgaben 1416,01 M, der Kassenbestand am Schlusse des Quartals 354,72 M. Die Einnahmen der Lokalkasse betrugen 260,22 M, die Ausgaben 110,30 M, der Kassenbestand 149,92 M. Der 1. Bevollmächtigte, Kollege Lüdge, gab den Vorstandsbericht von 1911. Klar und deutlich führte er den Anwesenden die Errungenschaften und neuen Einrichtungen der Kasse Magdeburg, die das Jahr 1911 gezeitigt hatte, vor Augen. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, die Einrichtungen zu respektieren. Jeder einzelne muß tätig sein, wenn in diesem Jahre Größeres errungen werden soll als im vergangenen. Beim Punkt 3 wurde Kollege Lüdge als 1., Horlich als 2. und Daus als 3. Bevollmächtigter gewählt. Als Kontrolleure wurden die Kollegen Reifeld, Hagel, Hempel und Schanz gewählt. Die Verhandlungen der einzelnen Posten erfolgten am 1. April. Um einen besseren Versammlungserfolg zu erzielen, wurde beschlossen, in den kommenden Monatsversammlungen Referate halten zu lassen. Hierauf wurden einige örtliche Angelegenheiten geregelt. Es wurde dann noch beschlossen, die Versammlungen in Zukunft an jedem dritten Sonntag im Monat abzuhalten.

Zur Taktik im wirtschaftlichen Kampfe

Auf dem großen sozialen Kampffeld stehen sich Kapitalisten und Arbeiter gegenüber. Wir sprechen da in der Mehrzahl, schreibt der „Courier“, das Organ des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter, wir reden nicht mehr von dem einzelnen Arbeiter und von dem einzelnen Unternehmer, die sich gegenüberstehen, ja es kennzeichnet alle Wirtschaftsercheinungen unserer Zeit, daß das Individuum außer Betracht kommt, daß wir mit unseren Betrachtungen nicht mehr vom Individuum ausgehen dürfen und können, daß wir überall Gemeinsamkeiten sehen. Die Gruppierung ist die allgemeine Erscheinung des hochentwickelten Kapitalismus, so wie der Individualismus, die Betonung des Einzelinteresses und die Messung aller Erscheinungen und Wirkungen nach den Vorteilen, die sie dem Individuum bringen können, die erste Epoche des Liberalismus, seine Ueberwindung des Feudalismus und der gewerblichen Beschränkungen kennzeichnet. Der einzelne tritt heute zurück hinter die Gesamtheit, der einzelne sucht seinen Vorteil zu erreichen, indem er ermitthilt, daß die Gesamtheit, der er angehört, zu möglichst großen Erträgen gelangt. Gewerkschaft und Arbeitgeberverband, Konsumverein und Einkaufsvereinigung, Kartell und Trust zeigen uns in mannigfachen Formen die Gemeinsamkeiten, die gruppenweise Vertretung wirtschaftlicher Absichten. Das sind alles heute durchaus laubläufige Erscheinungen, die man in beiden Lagern des sozialen Kampfes begreift, wenn man sie auch nicht immer als die natürliche Erscheinung beim Gegner ansieht. Noch immer kommt es vor, daß Unternehmer den Arbeitern zu beweisen suchen, daß es für sie eigentlich überflüssig, sicherlich nicht vorteilhaft sei, sich gewerkschaftlich zu organisieren, daß sie doch recht sparen könnten an Zeit, Geld und Sorgen, wenn sie als einzelne nach möglichst günstiger Lage streben würden, wenn sie sich nicht unterordnen würden dem Willen großer Gesamtheiten. Freilich, der Unternehmer, der mit väterlichem Tone den Arbeitern den Beweis erbringen will, daß es für sie eine verschwenderische Handlung sei, sich zu organisieren; er, der kapitalistische Unternehmer, der seine Sache auf sich selbst stellen könnte, gehört dem Arbeitgeberverband, dem Kartell, einer Einkaufsvereinigung, einem Komitee zur Durchführung technischer Experimente an, er nützt alle Vorteile gemeinsamen Wirkens aus; der Schwache, nur über seine Arbeitskraft verfügende Arbeiter soll aber die Anlehnung an die gruppierten Berufsgenossen für überflüssig erachten.

Noch nach einer andern Ansicht ist es interessant, zu beobachten, daß der einzelne Arbeiter heute vollständig zurücktritt in dem ganzen Denken und Rechnen der Unternehmern. Unlängst hat der Wiener Professor Richard Schüller in interessanten Abhandlungen über die Nachfrage nach Arbeitskräften die Frage berührt, wie der große Unternehmer rein wirtschaftlich sich zu seinen Arbeitern stellt. Der einzelne Arbeiter steht außerhalb ihrer Rechnung; die Unternehmer, ihre Angestellten, ihre Kalkulationsbureaus, so sein sie auch ihre Rechnung machen, so genau sie auch bis auf die dritte Dezimalstelle feststellen wollen, was jedes Rad und jede Achse, was jeder Meter Leinwand und jedes Paar Schuhe, das die Fabriken verlassen soll, an Selbstkosten verursacht, so fremd ist ihnen — und mögen sie auch Fanatiker der Fabrikstatistik sein — der Gedanke, festzustellen, was der einzelne Arbeiter dem Betrieb leistet. So lächerlich es klingen mag: der einzelne Arbeiter verflüchtigt sich für den Unternehmer, für ihn gibt es nur eine Gesamtheit der Arbeiter oder bestenfalls Gruppen von Arbeitern oder Arbeiterinnen, die man als Gesamtheit in der Kalkulation in Rechnung stellen kann. Bei der heutigen Methode der Produktion, bei dem Prinzip weitestgehender Arbeitsvereinigung kann der einzelne Arbeiter in seiner Wirkung und Leistung nicht gemessen werden, es hätte auch durchaus keinen Zweck, dies zu versuchen. Denn das Zusammenwirken der Arbeiter, die von zahlreichen Arbeitern ineinander greifende und nicht auseinander zu zerrende Leistung, kommt allein für den Unternehmer in Betracht.

Daß heute das Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern ein durchaus unpersönliches wird, ist nicht auf irgend eine neu entstandene Schlechtigkeit oder frisch entwicelte Herzlosigkeit der Unternehmer zurückzuführen. Es wächst dieses unpersönliche Verhältnis aus den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen ganz von selbst heraus. Die Arbeiter werden für den Unternehmer, auch für den, der ein Gegner der Zusammenfassung der Arbeiter ist, Glieder einer Gesamtheit, ihr Wirken kommt nicht mehr als Einzelleistung in Rechnung, sondern nur noch als Teil der Gesamtheit des Wirkens. Eine Fabrik ist heute ein kunstvolles Gebilde, bei dem viele Hunderte Arbeitskräfte genau so wie die Maschinen eingegliedert sind in eine planmäßige Geschlossenheit und genötigt sind, miteinander arbeiten zu müssen, sich gegenseitig anzupassen. Ohne daß sie es wissen, ohne daß es vielleicht auch den Leitern lange Zeit bekannt ist, wirken sie mindestens ebenso durch das vollständig reibungslose Zueinandergreifen ihrer Arbeit wie durch diese Arbeit selbst. Fast jede Arbeit setzt andere Arbeit fort und bereitet neue vor. Der einzelne ist nicht mehr auf sich gestellt, sondern arbeitet auch da als Glied einer Gesamtheit, die die Tätigkeit anderer Gemeinsamkeiten fortsetzt und die Tätigkeit neuer Gemeinsamkeiten vorbereitet. Ein überaus merkwürdiges Netz von Wirksamkeiten tritt uns im modernen Fabrikbetrieb entgegen, wo der einzelne zwar absolut notwendig ist, aber doch zu etwas Unpersönlichem wird. Hieraus ergibt sich, daß nur die ganze gemeinsame Wirkung dem Leiter des Unternehmens wichtig ist und von ihm voll gewürdigt wird.

Es wäre falsch, anzunehmen, daß diese Ermüngen nur theoretische sind. Längst ist es ein Prinzip des Unternehmers geworden, jeden Arbeiter, auch den besten, tüchtigsten, erfahrensten, am besten eingearbeiteten, ruhig gehen zu lassen, wenn er will, ihn fast nie zurückhalten zu wollen. Deswegen sehen sich die Arbeiter auch so häufig enttäuscht, die den Wert ihrer Leistung sehr wohl einschätzen können, die aber durchaus nicht fassen können, daß die Vorgesetzten, daß die Unternehmer selbst ihrer Person und ihrer Wirksamkeit so völlig gleichgültig gegenüberstehen. Wie oft stellt sich selbst bei einem Streit der Unternehmer zu jeder Verhandlung ablehnend und hochmütig. Er bemüht sich um Streikbrecher, um arbeitswillige Leute, die an die Stelle der Ausständigen treten sollen, aber merkwürdig schnell sucht er sich dieser Streikbrecher zu entledigen, wenn er sich wieder seiner Arbeiter versichern kann. Diese Streikbrecher schätzt er selber schlecht ein, diese Streikbrecher sind ihm wohl Nothelfer in der schweren Situation, die ihm die ArbeitsEinstellung bereitet hat, aber sie können ihm nicht die eingearbeiteten Arbeiter ersetzen, er weiß nur zu genau, daß diese Arbeitswilligen geraume Zeit benötigen, nicht nur um mit den Werkzeugen und mit den Maschinen und ihrer Anordnung in dem betreffenden Betrieb richtig umzugehen, sondern um sich in den Arbeitsprozess, in die Arbeitergruppen einzugliedern, den vorangehenden und den folgenden. Hier liegt die merkwürdige Ursache dafür, daß die Unternehmer, wenn sie einen Streik siegreich erledigt haben, doch sehr häufig bemüht sind, möglichst viele alte Arbeiter wieder zu gewinnen und die Streikbrecher, so bald wie es möglich ist, zu ersetzen durch die früheren Arbeiter. Freilich ist das nur dann vorteilhaft für die Unternehmer, wenn die Zahl der Streikbrecher nicht so groß, und wenn die Dauer der Verdrängung der Streikbrecher in dem Betrieb nicht so lange geworden ist, daß sie sich an die Betriebsanordnung, an die Betriebsinteressen, an die Gruppierung der ganzen Arbeitsleistung gewöhnt haben. Deshalb liegt auch unter diesen Gesichtspunkten ein großes Interesse für die Gewerkschaften vor, einen aussichtslos gewordenen Streik möglichst rasch abzubringen, so schnell als möglich die ausständigen Arbeiter wieder unterzubringen und sie bei neuer, besserer Gelegenheit wieder in geschlossener Einheit in den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu führen.

Gerade die nüchterne Ermüung der heutigen Betriebsverhältnisse legt uns eine neue und überlegte Taktik der Gewerkschaften als eine ihrer dringendsten Aufgaben im Interesse der Arbeiter nahe.

So gut der Gedanke auch gemeint sein mag, einen Streik im bestimmten Falle abzubringen, ist er doch nicht für alle Fälle anwendbar. Die Absicht scheitert in vielen Fällen an der durch den Streik selbst geschaffenen Situation und — mancher für aussichtslos gehaltenen Streik hat noch ungeahnte Erfolge gebracht. Darum sind solche allgemeinen, wenn auch gutgemeinten Ratschläge mit äußerster Vorsicht zu genießen. (R. v. L.-A.)

Tabakleute im Reichstage.

Unlänglich der Beschäftigung der Gesetzgebung mit Fragen aller möglichen Wirtschaftsgebiete ist es notwendig, daß dem deutschen Reichstage Sachverständige aus den verschiedensten Berufen angehören. Dieses ist auch in den letzten Jahren von den Parteien mehr berücksichtigt worden. Natürlich wünschen wir nicht im Reichstage oder in anderen gesetzgebenden Körperschaften eine Gliederung der Abgeordneten nach Stand oder Beruf, aber die Parteien, die in der Zusammenfassung ihrer Abgeordneten möglichst viele Berufe vertreten sehen, werden bei Spezialfragen in der Lage sein, ihre Sachverständigen mit größerem Erfolg, insbesondere in den Kommissionen, vorzuführen.

Im deutschen Reichstage ist das Tabakgewerbe immer hervorragend Gegenstand der Beratung gewesen; nicht etwa in dem Sinne, daß die schlechte Lage der Tabakarbeiter, oder die hygienisch nicht nur mangelhafte, sondern oft bedenkliche Betriebsweise durch bessere Gesetzesvorschlage in vernünftiger sozialpolitischer Erkenntnis beseitigt werden sollte, sondern meistens handelt es sich um die Frage: Wie lassen sich aus dem Tabak noch weitere ungezählte Millionen herauspressen, dem unersatlichen Moloch Militarismus zu opfern. Nur von den Arbeitervertretern, den Sozialdemokraten, wurde bei passenden Gelegenheiten der besondere Schutz der Tabakarbeiterinteressen gefordert, wie diese auch selbstverstandlich mit ganzer Kraft gegen die Belastung der Tabakindustrie mit Steuern gewirkt hat. Gerade die Tabakindustrie hat unter solchen Umstanden ein besonderes Interesse, ihre Angelegenheiten im Reichstage nicht nur allgemein, sondern auch speziell gut vertreten zu sehen. Weiß man doch, daß der Dalles im Reiche chronisch ist, chronisch sein muß bei der herrschenden Politik, und daß mehr wie einmal dunkle Tabaksteuerplane wieder geäußert worden sind. Hat doch die Regierung bei der letzten Steuerkampagne nicht jene Summen aus dem Tabak bekommen, die sie haben wollte, und manche Plane über die Form der Besteuerung liegen ebenfalls noch in den Mappen der Regierung. Zwar ist ja nach dem Ausgang der letzten Wahl die Gefahr des schwarz-blauen Blocks mit seiner Bedrangung der minderbemittelten Volksschichten etwas zurückgedrangt, aber das schließlich auch die anderen bürgerlichen Parteien vom Baume der Erkenntnis gegessen haben, daß es doch vorteilhafter ist, sie lassen andere für sich zahlen, und auch bei ihnen der Grundlag gilt: Vereichert euch! so ist immerhin noch allerlei möglich.

Und da ganz besonders die Tabakarbeiter die Folgen der letzten, wie aller vorhergegangenen Tabakbesteuerung zu tragen gehabt haben, noch zu fragen haben, wird der Ausgang der Wahl für sie nicht nur eine Genugtuung sein, sondern ganz natürlich wird der Wunsch laut, unter den Gewählten so viel als möglich Berufsangehörige zu sehen, die im Falle der Gefahr ihre sonstige parlamentarische Tchtigkeit durch größte Sach- und Fachkenntnis unterstützen, um allen für die Tabakindustrie unglücklichen Projekten gehörig zu Leibe gehen zu können. Die Tabakarbeiter denken dabei freilich an die Wahl von Kollegen; ob dieselben noch im Augenblick im Beruf tchtig sind oder nicht, spielt keine Rolle. Da außerdem die Tabakarbeiter nicht nur als Tabakarbeiter, sondern als Arbeiter überhaupt an der Politik interessiert sind, wünschen sie natürlich auch, daß die Abgeordneten, soweit sie Tabakleute sind, auch allgemein arbeiterfreundliche Politik treiben; und da müssen es also Sozialdemokraten sein, indem von anderen Parteien Arbeiterinteressen nicht, oder höchstens einmal gelegentlich vertreten werden.

Neben den ewigen Steuerplanen handelt es sich auch für die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen ganz wesentlich um die Beseitigung verderblicher Zustande im Berufe, wie wir schon oben angedeutet haben. Hat uns etwa das Hausarbeitsgesetz befriedigt? Gibt es in sanitarer Hinsicht nicht ungeheuer viel für die Gesetzgebung zu tun? Sind z. B. die Bundesratsverordnungen noch zeitgemäß? Wünschen wir nicht im Gewerberecht Bestimmungen mit Rücksicht auf gewisse Betriebserscheinungen? Wir freuen uns ganz besonders, wenn bei allen diesen Angelegenheiten, die doch, soweit die Regierung in Frage kommt, von Leuten vom grünen Tisch vertreten werden, Abgeordnete das Wort nehmen können, denen man hinsichtlich der Sachverstandigkeit kein A für ein U machen kann, die auch in der Lage sind, praktische Vorschläge auf Grund ihres eigenen Wirkens in der Tabakindustrie zu machen.

Von der Wahl selbst können wir nun berichten, daß von den 14 von der sozialdemokratischen Partei als Kandidaten aufgestellten Tabakleuten 8 gewählt worden sind, und zwar: Raute in Bitterfeld-Delitzsch, Deichmann in Einbeck-Northem, Raden in Dresden-N., Geher in Leipzig-Land, Mollenbuhr in Glauchau-Merane, Antrick in Holzminde-Sandersheim, Förster in Neuß a. L. und Henke in Bremen. Ganz besonders freut uns die Wahl unseres Verbandsvorsitzenden, Kollegen Deichmann, der mit unserem alten Kampfen Geher in Tabakfragen künftig die nötigen Breitrufen auf alle parlamentarischen Tabakfeinde feuern wird. Leider ist unser um die Tabakarbeiterschaft so sehr verdiente Kollege Adolf v. Elm in Ottenfennberg unterlegen; gern hätten wir seine Wiederwahl gesehen.

Von den Abgeordneten der bürgerlichen Parteien gehört kein einziger dem Tabakberuf an. Der im vorigen Reichstage als Mitglied der Reichspartei gewählte Kommerzienrat Schmidt-Altenburg ist dem Sozialdemokraten Kappeler unterlegen. Das ist gut so. Herr Schmidt ist Angehöriger der Blockparteien und daher bereit, die Belastung der arbeitenden Schichten unseres Volkes fortzusetzen. Herr Schmidt ist aber auch kein Gegner der Tabakbesteuerung, er hat sogar positio an einer weiteren Belastung der Tabakindustrie, und damit der Tabakarbeiter, im Jahre 1909 mitgewirkt, indem er am 9. März in der Kommission erklärte, daß er nicht alles ablehne, und daß nicht mehr als 30 Millionen aus dem Tabak herauszuschlagen sind, und müsse daher weiter geprüft werden, wie dies zu erreichen ist. Wir sehen also, daß Fabrikanten unseres Berufes, wenn sie nicht einer Partei angehören, die grundsätzlich gegen jede Belastung der arbeitenden Volksschichten ist, selbst in Punkte Tabakbesteuerung recht unsichere Rantonisten sind. Die Großindustriellen unseres Berufes wollen eben durch die Besteuerung die Konkurrenz der Kleinen beseitigen. Die Altenburger waren also vernünftig genug, ihrem bisherigen Abgeordneten den Laufpaß zu geben und dafür einen Sozialdemokraten zu wählen, von dem auch die Tabakarbeiter wissen, was sie von ihm bezüglich ihrer Interessen bestimmt zu erwarten haben.

Wogen nun im Reichstage Fragen mancherlei Art auftauchen, soweit sie die Tabakarbeiter und die Tabakindustrie angeht, wird es an unserer Mitarbeit durch die Tätigkeit unserer Berufsangehörigen als Abgeordnete nicht fehlen. Womit wir freilich nicht gesagt haben wollen, daß unsere Interessen nicht auch in den verflochtenen Reichstagen gut vertreten worden sind von unseren Kollegen, die als Abgeordnete Gelegenheit dazu hatten. Aber es ist so: Die Freude am Gelingen nach Sorgen und Mihen läßt uns nicht nur den frohen Blick aufs Ganze richten, wir denken auch an den Gang unserer eigenen Angelegenheiten. Und für uns Tabakarbeiter ist das sehr notwendig.

Was lehrt uns der westfälische Kampf?

Wie oft müssen die Arbeiter nicht im gewerkschaftlichen Kampf die Erfahrung machen, daß die Unternehmer sie nicht als eine durch wirtschaftliche Notwendigkeiten zusammengeschmiedete Geschlossenheit betrachten, und nach beendetem Kampfe dementsprechend auch nicht den Einzelnen vor ihrer Rache bewahren. Selbst machen die Kapitalisten auf die denkbar straffste Organisation auch zu den rückfischlichsten Zwecken Anspruch, selten aber können sie die Vereinigung der Arbeiter zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen verstehen. Wer aber gar in lebhafterer Weise seine oder seiner Kollegen Angelegenheiten vertreten hat, ist ohne Gnade ihrem Bannfluch ausgesetzt, d. h. er wird durch Entlassung bzw. Nichtwiedereinstellung dem Hunger in die Arme getrieben; für ihn als Strafe für andere zur Warnung. Und doch: Warum war sich das

Koalitionsrecht, kann man sich die Vertretung irgend welcher Interessen irgend einer Gruppe von Menschen anders denken, als daß Personen zur Vollstreckung des Willens und der Beschlüsse notwendig sind? Es ist selbstverständlich, daß man zu diesen Führern oder „Hegern“, wie unsere Feinde sie so geschmacklos zu nennen beliebten, die Intelligenteren, Tätigeren beruft. Daß die Unternehmer ihre Rache an diesen besonders tätigen Arbeitern gar so gern nehmen, ist ein Beweis, wie wenig ihr eigener bürgerlicher Grundsatz von der persönlichen Freiheit bei ihnen eine Heimat findet. Der Arbeiter hat nur für den Unternehmer Profit zu schaffen, will er das nicht, mag er verrecken. Da man aber Arbeitskräfte gebraucht, kann man nicht alle strafen und begnügt man sich deshalb mit den sogenannten Hegern.

Aus diesen Erwägungen heraus bestand auch bei Beendigung des Kampfes in Westfalen, Lippe, Waldeck, Hamburg-Mitona und Bremen und Umgegend die Neuerkommission darauf, den Friedensbedingungen eine Bestimmung einzufügen, nach der Maßregelungen zu unterbleiben haben. Das ist gewiß nicht ohne Bedeutung. Bereits im vorigen Artikel sagten wir, daß, wenn der W. C. B. und seine Verbündeten uns besiegt hätten, sie ganz sicher in der oben angegebenen Richtung ihr Mühen an den widerspenstigen Arbeitern gelüht hätten.

Nun wird vielleicht gefragt werden, wozu wir denn die Bestimmungen des 4. Satzes gebrauchten, da wir doch nicht unterlegen sind. Wieder müssen wir auf die oben angeführten Erwägungen hinweisen und betonen, daß die Unternehmer auch im Falle einer Niederlage noch das Recht zu haben glauben, mit „ihren“ Arbeitern machen zu können, was sie wollen. Zugegeben mag werden, daß eine Reihe Fabrikanten, die den wirtschaftlichen Kampf von etwas höheren Gesichtspunkten betrachten, von dem niedrigen Gefühl der Rache frei sind. Aber wie gesagt, die Erfahrung lehrt handeln.

Gewiß ist es dem Fabrikanten oftmals möglich zu maßregeln, ohne daß eine Maßregelung mit Sicherheit festzustellen ist. Deshalb genügt auch die blanke Aussage, daß nach Beendigung der Streiks und nach Aufhebung der Aussperrung Maßregelungen nicht beabsichtigt seien, nicht, sondern es mußte weiter vereinbart werden, daß die Fabrikanten sich nicht unter Aussperrung ihrer alten Arbeiter und Arbeiterinnen Arbeitskräfte holen konnten, wo sie wollten. Es war ja den kämpfenden Tabakarbeitern von vornherein klar, daß bei Beendigung des Kampfes nicht mit einem Schläge alle wieder in die Betriebe hineingehen konnten. In manchen Betrieben war ein erheblicher Teil der Zigarrenarbeiter als Nichtorganisierte geblieben, während die Sortierer sämtlich draußen waren; hier hatten die Fabrikanten bei Beendigung des Kampfes eine Unmenge Zigarren aufgestapelt, die erst sortiert und verpackt gemacht werden mußten. Anderen Fabrikanten mangelte es wieder an Zigarren, so daß wohl Zigarrenarbeiter, aber vorläufig keine Sortierer gebraucht wurden. Bei mancher Firma mag auch die durch die Aussperrung verursachte geschäftliche Störung zunächst eine Wiedereinstellung sämtlicher Arbeiter verhindert haben. Auf alle Fälle mußte den Tabakarbeitern, die zunächst noch nicht eingestellt werden konnten, neben solchen, denen die Gefahr der Maßregelung drohte, der Weg freigehalten werden, und dazu dient die fernere Bestimmung im Satz 4 der Friedensbedingungen, nach der „bis zum 1. Mai 1912 die Fabrikanten keine fremden Arbeiter in einem ihrer Betriebe einstellen sollen, bevor ihre im Streit oder in Aussperrung gewesen Arbeiter dieses Betriebes nicht eingestellt sind, soweit diese nicht inzwischen anderweit Arbeit gefunden haben“. Mit Rücksicht auf die nach Neujahr bis Ende März eintretende Geschäftslücke in unserem Bezirk war es notwendig, den Termin soweit hinauszuschieben, wenn auch sonst unter normaler oder günstiger Konjunktur viel früher die Wiedereinstellung sämtlicher beteiligter Arbeiter zu erwarten ist.

Ob der W. C. B. auch dieser Bestimmung zugestimmt hätte, wenn er, wie er glauben machen will, den Tabakarbeitern eine Niederlage beigebracht hätte? Und dieselbe Frage möchten wir hinsichtlich des Satzes 5 der Friedensbedingungen aufwerfen.

Satz 5 der Bedingungen lautet: „Die Fabrikanten sichern den Arbeitern, die von ihnen nicht wieder eingestellt worden sind, volle Freizügigkeit zu.“ Wider Willen haben die Fabrikanten in diesem Satz zugestanden, daß sie sonst einen ungeheuren Terrorismus gegen die Tabakarbeiter ausgeübt haben. Sie waren übereingekommen, daß, wenn ein Tabakarbeiter oder eine Tabakarbeiterin in einem Betriebe die Entlassung nahm, um vielleicht in einem anderen Betriebe eine lohnendere Arbeit anzunehmen, dieses nur mit Zustimmung des bisherigen Unternehmers geschehen konnte. Derartige Praktiken befolgte nicht nur der W. C. B., sie sind auch anderswo in unserer Industrie üblich. Der Zweck dieser Maßregel ist, die Tabakarbeiter an den Betrieb zu fesseln, sie möglichst abhängig zu machen, damit sie besser ausgebeutet werden können. Denn wenn ein Fabrikant höhere Löhne zahlt, bezw. bessere Sorten anfertigen läßt, oder sonst in einzelnen Betrieben bessere Zustände herrschen, so ist es kein Wunder, wenn die Tabakarbeiter dorthin streben, um ihren geringen Verdienst ein wenig zu erhöhen, während die Fabrikanten den Lohn allgemein möglichst niedrig halten wollen. Auch unsere Unternehmer Pfeifen auf den einmal vom Kaiser ausgesprochenen Satz: „Schwerste Strafe demjenigen, der andere an freiwilliger Arbeit hindert“. Derartige Worte sind ja auch immer nur an die Arbeiter gerichtet. Nun ist für den Machtbereich des W. C. B. der Hamburger, Bremer und Burgdamer Fabrikantenverbände die Freizügigkeit hergestellt, und ist es Aufgabe der Tabakarbeiter, sie im eigenen Interesse zu wahren. Hinsichtlich der Beendigung des Kampfes war der Satz 5 unbedingt notwendig, da, wie oben bereits dargelegt, die sofortige Wiederein-

stellung der Streikenden bezw. Aussperrten in ihre bisherigen Betriebe nicht möglich war; es mußte andererseits für sie eine größere Bewegungsfreiheit geschaffen werden, und ist der Satz 5 eigentlich die Konsequenz des 4. Satzes.

Nachdem die Tabakarbeiter in Hamburg-Mitona und Bremen und Umgegend in so prächtiger Weise in den wirtschaftlichen Kampf eingriffen, ohne einen direkten Vorteil dabei zu erwarten, und so wesentlich zum günstigen Ausgang beitrugen, war es ganz selbstverständlich, daß eine Beendigung nur unter der Voraussetzung geschehen konnte, daß auf sie die Sätze 1, 4 und 5 der Friedensbedingungen ausgedehnt werden mußten. Es wäre die Solidarität der Hamburger und Bremer Kollegen und Kolleginnen schlecht vergolten worden, hätte man sie, nachdem für Westfalen eine Einigung zustande zu kommen schien, ihrem Schicksal überlassen. Da in Hamburg und Bremen und den übrigen Orten des Sympathiestreiks irgendwelche Forderungen der Arbeiter nicht in Frage kamen — sie wurden nicht gestellt, um die Wucht des Sympathiestreiks stärker wirken zu lassen — konnte man nicht auf die Anwendung der Sätze 2 und 3 für diese Orte dringen, wenn die Einigung nicht überhaupt scheitern sollte. Die Hamburger, Bremer usw. Fabrikanten waren vernünftig genug, den Maßnahmen mit Ausnahme der Sätze 2 und 3, die im Bereich des W. C. B. gelten sollen, sofort ihre Zustimmung zu geben, so daß auch dort weder Maßregelungen stattfinden, noch die Freizügigkeit behindert werden darf; ebenso dürfen bis 1. Mai 1912 keine fremden Arbeiter eingestellt werden.

Je mehr wir uns in den Sinn und das Zustandekommen der Friedensbedingungen hineindenken, unter Berücksichtigung der Art, wie der große Kampf entstanden ist, je mehr drängt sich uns die Empfindung auf, daß die Tabakarbeiter einen schönen Sieg erfochten haben.

Christliche Landratstreppepolitik.

Kaum ist das Kampfgewühl in Westfalen beendet und die Parteien sind noch dabei, den Friedensbedingungen überall Anerkennung zu verschaffen, so müssen wir auch wieder das heilere Gesehe hören, das die christlichen Führer so merkwürdig abhebt vom Normalen und ohne das sie sich nicht in der Lage glauben, ihre Sache führen zu können. Wer nur als Schmarotzer seine Nahrung zu seinem bisherigen Leben aus der Kraft anderer zieht, kann natürlich nur ein dementsprechendes Verhalten in seinen Lebensäußerungen zeigen. Deshalb sind wir auch über das Gebahren des christlichen Heerführers und seiner getreuen Schildknappen keineswegs verwundert. Ist doch der jesuitische Grundsatz: Der Zweck heiligt die Mittel, nicht nur in München-Gladbach, sondern auch in Düsseldorf eine seligmachende Tugend.

In der christlichen Tabakarbeiter-Zeitung wird in einem, wenn man mit der Elle mißt, als gut zu bezeichnenden Artikel die ganze schandbare Wirtschaft des „roten Verbandes“ und der „freien Führer“ aufgedeckt. „Sozialdemokratische Hintertreppenpolitik“ nennt sich die Leistung. Und sie schnattern und schlagen mit ihren Hühnerfüßchen, diese christlichen Gänse, in ihrer Einbildung, das Kapitol der Tabakarbeiterinteressen gerettet zu haben. Und in einem Flugblatt wird noch die Besorgnis in verstärktem Maße getrieben. Auf die Föbelsien, wie „lichische Gestalten“, „Lasterzungen“, „Diebe in der Nacht“ und wie sie sonst noch lauten, einzugehen, dürfte wohl höchstens einer vom Kaliber des Vater Filuzius erwarten. Wo mögen sie, wenn ihnen nun einmal so viel Spaß macht, das Blaue vom Himmel herunter schimpfen.

Worin nun diese Hintertreppenpolitik besteht, wird nicht gesagt. Es heißt nur ein Schlagwort, Dumme zu fangen. Was heißt noch an tatsächlichen Behauptungen im Artikel steht, ist teils unwahr, teils entstellend. Greifen wir einmal hinein ins volle Christenleben: „Die christlichen Verbandsvertreter sollen unrichtig gehandelt haben, daß sie den Antrag stellten, die Neuerkommission aufzuheben“, heißt es. Wer hat denn den Christen den Vorwurf gemacht? Das konnte schon deshalb niemand tun, weil die Christen einen solchen Antrag in der Neuerkommission gar nicht gestellt hatten! Es ist doch wohl ein Unterschied, ob man einen Antrag zur Auflösung der Kommission stellt wenn man ihre Aufgabe für erledigt hält, oder man läuft einfach hinaus! Hätten die Christen den Antrag gestellt gehabt, so wäre darüber verhandelt und abgestimmt worden, und ein Vorwurf wäre, ganz gleich, wie die Abstimmung ausfiel, unberechtigt gewesen, sofern sich die Christen derselben geübt hätten, wie es sich gehört.

Aber darum war es ja den Christenhauptlingen nicht zu tun, die Sache nun auch gemeinschaftlich anzufangen zu lassen, sondern sie mußten vor Schluß der Bewegung den Fabrikanten zeigen: Seht, wir Christen sind doch bessere Menschen. Von wegen der Einstellung und anderer Benefizien; sie habens ja denn auch erreicht. Und so etwas spielt sich uns gegenüber als Moralsache auf!

In übrigen gehört die Neuerkommission so lange zusammen, bis wenigstens zu überleben ist, wie die Friedensbedingungen seitens der Fabrikanten gehalten werden. Was wollten die Christen tun, wenn z. B. die Fabrikanten nach dem Friedensschluß überall ganz direkt Maßregelungen vorgenommen hätten? War da nicht wie sonst die Neuerkommission die handelnde und verhandelnde Körperschaft? Aber freilich, die Christenführer hatten durch ihr Verhalten bereits verkündet, daß sie nun nichts mehr mit der ganzen Geschichte zu tun haben wollten und hofften dafür natürlich, wie gesagt, auf die Fabrikantensonne; sie glaubten also, nichts mehr befürchten zu brauchen.

Allerdings hatten die Christen für ihre Handlungsweise einen Grund zu mißerbenden Umständen: sie waren vollkommen fertig. Sie hatten bereits seit längerer Zeit auf Beendigung unter weniger günstigen Umständen in

der Neuerkommission gewirkt und ihre Mittellosigkeit betont, so daß von unseren Vertretern erwidert wurde, die Unterstützung der Christen mit zu übernehmen. Diese Situation der christlichen Organisation läßt es wohl erklären, daß die Strategen derselben die Landratstreppe so oft benutzten. Was hatten sie ohne Auftrag der Neuerkommission allein beim Landrat zu tun? Oder ist Herr Dr. K. Böblach dort Persona gratissima? Das solches Verhalten die Gesamtposition der kämpfenden Tabakarbeiter nicht stärken konnte, unterliegt keinem Zweifel.

Vielleicht hatten die Christenführer Angst, daß die Beteiligten der anderen Organisationen die Bedingungen nicht annehmen, und, da bei den Christen Matthäi am Leisten war und sie nicht weiter kämpfen konnten, suchten sie durch ihren vorzeitigen Austritt aus der Neuerkommission sich in Sicherheit zu bringen, wenn möglich aber die Gesamtbewegung dadurch zu beenden; denn in diesem Falle wäre der Sturm ihrer Mitglieder und die unsägliche Verachtung von außen abgewendet worden.

Nun soll Schläter in der Neuerkommission den Austritt der Christen gebilligt haben und habe er eine teuflische Frechheit begangen, wenn er trotzdem in unserer am 10. Januar in Minden stattgefundenen Konferenz die Christen deshalb scharf kritisierte. Sowohl im Hintertreppenartikel wie im Flugblatt wird Kollege Krohn vom Vorstand als Zeuge angerufen. Wir haben sowohl den Kollegen Krohn als auch andere Mitglieder der Neuerkommission nach der Wahrheit gefragt, alle haben uns jedoch mitgeteilt, daß ausdrücklich die Christen zum Bleiben in der Neuerkommission aufgefordert worden sind, und daß das, was die Christen Schläter sagen lassen, nicht von Schläter als seine eigene Meinung aufgestellt worden ist, sondern daß Schläter dies als die von ihm gedachte Begründung der Christen vorgehend ausgesprochen hat, um dann gleich seine eigene Kritik hinzuzufügen.

Wir haben also kein Interesse, auf dieses Demagogentumskleid der Christen weiter einzugehen.

Um die Kritik von ihren Laten abzulenken, rufen jetzt die Christenhelden: Haltet den Dieb! Sie werfen den freigeordneten Vertretern Verschleppung des Kampfes, und noch sogar aus mahlpolitischen Gründen, vor. Der Austritt der Christen aus der Neuerkommission begründet auch hier ihre saubere Taktik. Am Montag, den 8. Januar, erklärte die Neuerkommission, die nunmehr vorliegenden Friedensbedingungen den Tabakarbeitern zur Annahme empfehlen zu wollen; jetzt erklärten die Christen, daß der Kampf für sie erledigt und ihr Bleiben in der Neuerkommission zwecklos sei; am 10. Januar schlägt Schläter in der Mindener Konferenz vor, am 11. solle Ruhetag sein und am 12. habe jeder seiner Staatsbürgerpflicht zu genügen, während dann am 13. die Kommission vorstellig zu werden hätten, damit am Montag, den 15. Januar, die Arbeit aufgenommen werden könne. Die Konferenz stimmte diesem Vorschlag zu. Also: Weil die Konferenz am 10. Januar nach Schläters Vorschlägen disponierte, traten die Christen am 8. Januar aus der Neuerkommission aus, damit sich der christliche Verband nicht zum Schlenkerträger sozialdemokratischer Wahlgeschäfte herabwürdige“, wie sie nun schreiben. Heiliger Wimbam! Wenn man denn schon einmal nicht anders kann, statt mit logischen Gründen mit Taschenspielereckelstücken zu arbeiten, dann sollte man sie doch etwas gescheuter machen, damit man nicht auf offenem Markte ausgelacht wird. Wußten denn die Christen am 8., was die Konferenz am 10. beschließen würde?

Wie Kreuzspinner auf ihre Beute, so scheinen gewisse Leute auf die Neußerungen anderer zu lauern, um sie dann, begeistert mit dem Geist ihrer dreifachen Gesinnung, zu ihren Zwecken öffentlich zu benutzen. So verhält es sich auch mit der scherzhaften Neußerung eines Mitgliedes der Neuerkommission, unser Gauleiter Schläter sei ein leichtsinniger Mensch. Was hat das mit der Beendigung des Kampfes und mit dem Verhalten der christlichen und der übrigen Organisierten zu tun? „Wir haben nur ungern zu diesen Fragen das Wort genommen. Wir wissen noch manches, was wir aber voreist im Interesse der gesamten Tabakarbeiter nicht veröffentlichen“, heißt es im Flugblatt. Was wenn diese Art Leute die Gesamtinteressen der Tabakarbeiter zu vertreten Neigung hätten. Was wenn dort, wo Gestank wäre, nicht sofort die christlichen Schmeißfliegen mit Behagen ihren Eums machten. „Nur ungern das Wort genommen“ ist wirklich rührend. Schmuzzig und auf das Niedrigste im Menschen spekulierend ist auch folgender Satz im Flugblatt: „Die roten Führer wissen nur zu gut, daß sie in dieser Aussperrung manches gemacht haben, wovor sie sich mit Recht fürchten. Jedenfalls aus Angst, ihre Mitglieder könnten darüber etwas erfahren, suchen sie nun ganz im geheimen die schmutzigsten Vorwürfe gegen die Christlichen zu erheben.“ Entweder Catilina oder Don Quixote, auf einen kommt's je nachdem, hinaus bei unseren Helden.

Auch der Kampf am Niederrhein muß der Verleumdung dienen. Und die Christen täten wahrhaftig besser, von diesem ihrem Damaskus zu schweigen. Freilich, wenn unser Verband mitgekämpft und den Christen zur Seite gestanden hätte, wäre wahrscheinlich am Niederrhein auch für sie der Kampf besser ausgegangen; sie können allein nun einmal nichts leisten. Aber wenn sie nun u n s daraus einen Strich drehen wollen, daß wir ihnen nicht geholfen und unsere Mitglieder weiter gearbeitet haben, so sollten einmal die christlichen Mitglieder ihre furchtbare fluge Leistung beim Schopfe nehmen. Wir haben sofort unsere Bereitwilligkeit, am Niederrhein mitzumachen, ausgesprochen und hartnackig auf den Ruf der christlichen Leistung. Der Ruf kam aber nicht. Ist der niederrheinische Kampf also verpufft, so wollen die christlichen Mitglieder das mit ihrer Leistung abmachen. Wir sind davon überzeugt, daß die Tabakarbeiter in ihrer Gesamtheit erst die größte Macht erreichen können und jeder Nebenmeck ist

uns fern. Deshalb sind wir bei Ausbruch der allgemeinen Differenzen in Westfalen auch sofort an alle beteiligten Organisationen, auch an die Christen, herantreten, um die möglichste Geschlossenheit gegen die Fabrikanten zu erreichen. Der Ausgang der Kämpfe am Niederrhein und in Westfalen mag lehren, wer die Tabakarbeiterinteressen in der Tat zu fördern versteht.

Sums, schwammiger Sums, und weiter nichts, sind die gewaltigen Offenbarungen der christlichen Herren. Mit Nebensachen und Brimborium ihre eigenen Mitglieder benebelt zu machen, ist ihre Absicht. Und das ist auch der Zweck des Flugblattes wie des Hintertreppenartikels. Das ganze Geschwafel hat keine andere Bedeutung als den überall, besonders in Westfalen rissigen und brüchigen Christenverband zu verkleinern, das Abbröckeln zu verhindern. Zwar mögen die an Einbildung so reichen Schüler Loyolas im christlichen Tabakarbeiter-Verband glauben, ihre Taktik sei geeignet, den freien Verbänden die Mitglieder abzuschneiden, sie zu hindern in dem Streben, den Tabakarbeitern im wirtschaftlichen Leben einen sicheren Schutz zu bieten — sie mögen auf der Landratsstreppe selig werden in dem Glauben. Unser Weg geht geradeaus!

Der christliche Tabakarbeiterverband.

sucht sein Verhalten bei Beendigung der Aussperrung zu rechtfertigen, indem er in Westfalen ein Flugblatt verbreitet. Die Sache würde uns außerordentlich wenig interessieren, die christlichen Tabakarbeiter werden hoffentlich bald einsehen, zu welchen Zwecken sie von ihren „Führern“ mißbraucht werden. Aber wenn wir persönlich dort in dem Flugblatt gewissermaßen als Kronzeugen für die Christen aufgeführt werden, so müssen wir doch entschieden dagegen protestieren.

Das Flugblatt wendet sich in der Hauptsache in persönlichen Angriffen gegen den Gauleiter Schläter vom Deutschen Tabakarbeiterverband. Unter anderem steht dort der Satz: „Schon zu Beginn der Bewegung sagten die Vertreter des Sortiererverbandes, Arnhold und Schöne, im „Westfälischen Hof“ in Minden, Schläter sei ein leichtsinniger Mensch.“

Wir erklären, daß wir uns eines solchen oder ähnlichen Ausdrucks nicht erinnern und daß wir auch durchaus keine Veranlassung hatten und haben, den Kollegen Schläter als „leichtsinnig“ zu bezeichnen. Es ist ein durchaus schäbiger, demagogischer Kniff, mit dem man versucht, Streitigkeiten zwischen Zigarrenarbeitern und Sortierern herbeizuführen. Selbst wenn geschwäteweise einmal irgend eine Bemerkung gefallen wäre, so ist es doch zum mindesten höchst unanständig, solche Privatgespräche in der Öffentlichkeit auszunutzen, um einem Kollegen die persönliche Ehre abzuschneiden. Noch dazu, wo jeder Zusammenhang diese oder eine ähnliche Bemerkung gefallen sein soll. Jeder, der diesen Satz liest, wird herauslesen, daß wir Schläter den Vorwurf eines leichtsinnigen Lebenswandels gemacht haben, was aber völlig erfunden ist, und auch für uns gar keine Veranlassung vorliegt, über Schläter, den wir als einen durchaus ordentlichen Menschen kennen, ein solches Urteil zu fällen.

Carl Arnhold. Ludwig Schöne.

Hugo Keller.

Am Dienstag, den 30. Januar, vollendete unser Kollege Hugo Keller in Görlich sein siebenjähriges Lebensjahr. Wir bringen unsern Alten hiermit nachträglich unsern herzlichsten Glückwunsch.

Kollege Hugo Keller hat in unentwegter Tätigkeit seit seinem 20. Lebensjahre der Sache der Arbeiter gedient, sowohl in der Gewerkschaft wie in der Partei. In seiner Heimat, der Kaufh. ist Keller seit langem eine bekannte und beliebte Persönlichkeit. Nicht nur in Görlich, sondern auch in dem sächsischen Wahlkreis Zittau landbierte er, und wäre heute Mitglied des Reichstages, wenn ihm nicht eine Krankheit zum Nichttritt von der Kandidatur zwang. Sein Stadtordnungsmandat übt Keller aber auch jetzt noch aus. Mehrfach haben wir den tüchtigen Kollegen auf Kongressen unseres Berufes und auf Verbandstagen, wie er denn für seine Berufskollegen einzutreten stets bereit war. Möge es dem Jubililar vergönnt sein, für uns und mit uns noch manches Jahr zu kämpfen.

Mitteilungen aus dem Beruf.

(Abdruck.)

Deffentliche Sitzung des königlichen Schöffengerichts.

Blottho, den 24. Januar 1912.

Gegenwärtig: 1. Amtsgerichtsrat Middeldorf als Vorsitzender. 2. Fabrikant Keil, Blottho. 3. Landwirt Heermeier, Helmweiser als Schöffen. Akuar Schulte als Gerichtsschreiber.

In der Privatklagesache

1. des Fabrikbesizers Willy Schöning in Blottho,
2. des Fabrikbesizers Julius Schöning in Blottho, Privatkläger.

Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Meyer in Deynhäusen

gegen

den Reaktor G. Niendorf in Bremen, Mödernstr. 22, I., Angeklagten

wegen Beleidigung erschienen bei Anruf der Sache

1. der Privatkläger Julius Schöning in Person und Rechtsanwalt Meyer,
2. der Angeklagte in Person.

PP.

Parteien vergleichen sich hierauf wie folgt:

§ 1.

Der Angeklagte erklärte:

Auf Grund der heutigen Verhandlung habe ich mich überzeugt, daß nicht die Kläger, sondern eine Firma in Cöln die Vebel-Zigarren vertreibt und die Kläger nur die Zigarren für diese Packung liefern ohne Einfluß auf ihren Vertrieb zu haben. Hätte ich den wahren Sach-

verhalt gekannt, dann würde ich den streitigen Artikel nicht geschrieben haben. Ich bedauere ihn und die in ihm enthaltenen verletzenden Äußerungen.

Ich verpflichte mich, diese Erklärung einmal im Tabak-Arbeiter an derselben Stelle, wo der Artikel gestanden hat, zu veröffentlichen.

Ich übernehme sämtliche Kosten.

§ 2.

Die Kläger nehmen die Privatklage zurück.

Vorgelesen, genehmigt, beschlossen und verkündet:

Das Verfahren wird auf Kosten der Privatkläger eingestellt, jedoch sind diese dem Vergleiche gemäß einzuziehen.

Geringe Arbeitslöhne — hohe Dividende. Gar so ernst kann es nicht gemeint sein, wenn unsere Fabrikanten bei Lohnforderungen der Tabakarbeiter immer behaupten, daß die Zigarrenfabrikation keine Erträge abwerfe. So schlägt z. B. der Aufsichtsrat der Bremer Zigarrenfabriken, vormals Viermann & Schörling, Sitz Bremen, der Generalversammlung der Aktionäre eine Dividende von 10 Prozent vor. Obwohl der Verdienst an den Einzelfabrikanten infolge der allgemein hohen Tabakpreise erheblich geringer war, gestatten der vermehrte Umsatz und sonstige günstige Verhältnisse die Beibehaltung des vorjährigen Satzes, lautet in der Hauptsache die Begründung zur Dividendenfestsetzung. Wir meinen, daß 10 Prozent Dividende noch ein recht hoher Verdienst ist, und wenn auch nicht alle Fabrikanten einen gleich hohen Satz erzielen mögen, so reicht es zu anständigen Lohnerhöhungen für die Tabakarbeiter immerhin auch nach Einführung der Wertsteuer aus.

Gefälschter Tabak. Die „Berliner Morgenzeitung“ hat sich von einem Nichtfachmann einen Varen aufbinden lassen, indem sie über die angebliche Verwendung von allerhand Surrogaten in der Zigarrenfabrikation zu berichten weiß; sie schreibt da:

„Eine ganz andere Frage ist über die, ob unsere Zigarren reinen Tabak enthält, oder ob ihr Stoffs beige mischt sind, welche besonders schädlich wirken. Daß man die Blätter von Kartoffeln, Munkelrüben, Röhren, Linden, Plantanen, Ulmen, Weichelfirische und Rosen unter minderwertigen Tabak mischt, ist noch nicht allzu hart anzugehen. Nach unserem Tabakenergießer ist es sogar gestattet, gewisse Mengen einiger dieser Surrogate anzuwenden. Giftig sind sie wohl nicht gerade, wenn das Aroma der betreffenden Zigarre auch nicht das schönste ist. Dafür wird aber eine billige Ware erzeugt, die sich auch der weniger Bemittelten anschaffen kann. Viel bedenklicher ist aber eine andere Art von Fälschungen. Wird Tabak nach Gewicht verkauft, so wird ein gewissenloser Händler nach Mitteln suchen, diesen zu beschweren. Natürlich muß er dazu Stoffe suchen, welche dem Gewicht nach billiger sind als Tabak. Leider empfehlen sich hier eben allerhand Mittel, die in Bezug auf die Gesundheit des Rauchers zum Teil recht bedenklich sind. Eisenbittrich, Kieselsäure, Mineralbraun sind wohl noch nicht so giftig wie Mennige und chromsaures Blei; ihre Zufegung bedeutet aber jedenfalls einen Betrug.“

Daß in der Tabakfabrikation unschädliche Surrogate Verwendung finden, ist bekannt. Wenn deren Verwendung aber durch das Gesetz auch erlaubt ist, so darf aus dieser Erlaubnis doch nicht geschlossen werden, daß die Beimischung von Tabakersatzmitteln ganz allgemein erfolgt. Tabakurrogate finden tatsächlich auch zur Verwendung in der Rauchtobakfabrikation, wenn es sich darum handelt, dem Tabak einen besonderen Geschmack zu geben, oder für Zigarrenqualitäten, die eigentlich kaum den Namen „Zigarren“ verdienen. Unsere Zigarren- und Rauchtobakindustrie steht heute mit ihrer Produktion trotz der hohen Tabakpreise, auf einer Höhe, die auf die Verwendung von Surrogaten fast ganz verzichtet und ihren Stolz darin erblickt, reine Tabakfabrikate zu produzieren. Wie scharf dieser Stolz ausgeprägt ist, beweißt der Umstand, daß gelegentlich der Nachricht von der Herstellung „künstlicher Tabakumblätter“ aus der Industrie sofort der Ruf nach „Deklaration“ laut wurde. Der beste Schutz gegen umfangreiche Verwendung von Tabakurrogaten ist im übrigen schon durch den harten Konkurrenzkampf geboten, der sich in der Industrie gegenwärtig vollzieht. Wer da sein Heil in der Anwendung von Tabakersatzmitteln suchen wollte, hätte damit seinen ersten Schritt zum Untergang getan.

„An sich“, sagt das Blatt zum Schlusse, „ist gegen Tabakurrogate grundsätzlich nichts einzuwenden. Warum soll gerade nur der Rauch einer ganz bestimmten Pflanzenart wohlschmeckend und bekömmlich sein? Unsere Kultur bedient sich ja auch sonst vielfach der Ersatzmittel, wo die natürliche Produktion nicht ausreicht, um den Bedarf zu decken. Nur darf die Gesundheit dabei nicht gefährdet werden!“ O — du ahnungsloser Engel! Wenn es nach der „Berliner Morgenzeitung“ ginge, dann wäre den Schwierigkeiten auf dem Tabakmarkt mit leichter Mühe zu begegnen. Vielleicht macht sie sich um die Tabakindustrie verdient und sucht eine Pflanzenart — deren Rauch so wohlschmeckend und bekömmlich ist, wie der des edlen Tabakrautes. Wir wünschen ihr den besten Erfolg — und guten Appetit!

Bewegungen im Beruf.

Mitglieder, die in einem anderen Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.

Blaßheim i. Westf. Die Firma S. Solting be-
willingte einen Minimallohn von 8,50 M pro Mille bei
Lieferung fertiger Einlage und zum Teil ausgeführter
Wede. Bei Verarbeitung von Mexiko- oder Brasilwede
erhöht sich der Lohn um 1 M pro Mille. Die Lohnzah-
lung erfolgt alle 14 Tage. Die wöchentliche Arbeitszeit
wurde auf 56 Stunden festgesetzt. Mit der Firma wurde
ein Tarifvertrag abgeschlossen.

Werke i. Westf. Der Streik bei der Firma G r o s s
s h u p f & S c h r ö b e r (Sitz Bremen) ist mit einem Miß-
erfolge für die Arbeiter beendet. Es gelang der Firma
D i t s c h e i d t Arbeitswillige, darunter christlich organi-
sierte, zu bekommen, weshalb der Streik beendet werden
mußte.

Demgo (Lippe). Der Streik bei der Firma S. S c h r ö
b e r ist, angesichts der Zahl der Arbeitswilligen, die sich
mit der Zeit eingefunden hatten, zuungunsten der Beteilig-
ten beendet.

Dahme (Mark). Die über die Firma S. G l o e l ver-
hängte Sperre erklären wir hiermit laut eines gegen uns
ergangenen gerichtlichen Teilurteils, für aufgehoben.
Der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.

Zur Beachtung!

Vor Zutug nach Westfalen, Lippe-Deimold, Walbed,
Bezirk Ostabrück, Hamburg und Umgebung und Bremen
und Umgebung wird streng gewarnt, da noch nicht alle
ausgesperrten Arbeiter wieder eingestellt sind.

Berichte.

Karlruhe. Am 14. Januar fand im Lokal Waldhorn unsere
Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Ab-
rechnung vom 4. Quartal; 2. Jahresabrechnung; 3. Bericht der
Ortsverwaltung; 4. Neuwahl der Ortsverwaltung; 5. Innere An-
gelegenheiten. Den Kassenbericht gibt Kollege W i n t l e r in klarer
Weise. Kollege D u r k a r t dankt ihm für seine Mühe; stellt fest,
daß die Kasse in bester Ordnung befunden wurde, und bittet um
Entlastung des Kassierers, was durch Erheben von den Sigen ge-
scheht. Kollege W i n t l e r ersucht nachträglich um die Zustimmung
der Versammlung für 5 M, welche einem zugerechneten Kollegen für
Stiefel verabreicht wurden; ferner für 20 M, welche als Weihnachtsgel-
den den ausgesperrten in Westfalen geschickt wurden, aus der
Lokalkasse; die Versammlung stimmt für beide Beträge. Den
Jahresbericht gibt ebenfalls Kollege W i n t l e r. Er bedauert, daß
trotz aller Mühe der Ortsverwaltung die Zahlstelle zurückgegangen
ist. Erfreulich ist es, daß während der Aussperrung die Extra-
beiträge pünktlich von den Mitgliedern bezahlt wurden und daß
wir während dieser Zeit keinen Austritt zu verzeichnen hatten.
Kollege D u r k a r t bedauert ebenfalls den Rückgang, weist auf den
Sieg in Westfalen hin, daß nur eine gute Organisation einem or-
ganisierten Unternehmertum entgegenreten könne; er richtet noch
einige Worte an die Versammlung, mit frischem Mut legt wieder zu
agitieren, um unsere Nebenarbeiter für den Verband zu gewinnen.
Den Vorstandskassier gibt Kollege R o t h a d e r; er schildert die
Vorgänge des Jahres 1911. Die Neuwahl der Ortsverwaltung
ergibt folgendes Resultat: R o t h a d e r 1.; W i n t l e r 2.; M u m -
m e r t 3. Bevollmächtigter; D u r k a r t, S e l l e r, F r a u S c h ä f e r
als Kontrollen. Beim Punkt Innere Angelegenheiten stellt Kollege
W i n t l e r den Antrag, Zahlkarten einzuführen, um eine Er-
leichterung im Kassieren zu haben; es müssen die Beiträge am
Beischäftigt bezahlt werden und die Bücher an den Kassierer abgegeben
werden. Dieser Antrag wurde angenommen. Kollege W a l l r e i c h
stellt einen Antrag, an zugerechnete ausgesperrte Kollegen aus der
Lokalkasse einen Betrag von 85 M für Schafgeld und Nachsteffen
zu verabreichen. Dies soll geschehen durch eine Bescheinigung der
Zahlstelle Karlruhe, welche an den Inhaber der Zentralkassier-
der Gewerkschaften abgegeben wird. Dieser Antrag wurde ange-
nommen. Ferner stellt R o t h a d e r den Antrag, einen Zeitung-
händler für den Tabak-Arbeiter in der Zentralkassier-ge anzuschaffen.
Der Antrag wurde ebenfalls angenommen. Sobann wurden noch
5 M für den Reichstagswahlfonds von der Lokalkasse bewilligt.

Altwaßer. Im Hotel Sandberg tagte am 21. Januar eine
gutbesuchte Tabakarbeiterversammlung, die folgende Tagesordnung
erlebte: 1. Abrechnung vom 4. Quartal; 2. Kartellbericht; 3. Vor-
standswahl; 4. Verschiedenes. Die Abrechnung wurde vom Kollegen
R i d m e r gegeben; zu beanstanden gab es nichts. Die Revisoren
erklärten, alles in bester Ordnung befunden zu haben. Es wurde
bei der Abrechnung noch bemerkt, daß sich unsere Zahlstelle langsam
vorwärts entwickelt, denn wir haben wieder einige Aufnahmen zu
verzeichnen. Den Kartellbericht gab der Kollege M i e s. Dem
Bericht schloß sich eine kurze Debatte an. Mit der Haltung der
Delegierten war die Versammlung in allgemeinen einverstanden.
Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: E i n r i c h K l o s e,
Nieder-Salzbrunn, 1. S e r m a n n R i d m e r, Nieder-Salzbrunn, 2.,
P a u l P ä n s c h, Gottesberg, 3. Bevollmächtigter. Zu Revisoren
wurden folgende Kollegen gewählt: E. T i l l m a n n, Altwaßer;
A. u. s. Altwaßer; Frau K l o s e, Nieder-Salzbrunn. Als Kartell-
delegierter wurde Kollege M i e s wiedergewählt. Im Verschiedenen
gab zunächst der Kollege K l o s e ein Schreiben des Gauleiters bekannt,
welches dieselbe seine Genehmigung zum Austritt bringt, daß die
Aussperrung zu unsern Gunsten erledigt ist. Kollege M i e s rügt
noch, daß verschiedene Mitglieder immer zu spät in die Versamm-
lung kommen; in Zukunft wird die Versammlung pünktlich eröffnet
werden. Als wollen sich unsere Mitglieder an Pünktlichkeit ge-
wöhnen! Nun kam ein recht drastischer Fall zur Sprache, der ver-
dient, der Öffentlichkeit übergeben zu werden. Eine Kollegin ar-
beitete beim Zigarrenfabrikanten B u h l in Dittersbach. An den
Weihnachtstagen bezah sie dieselbe nach dem Erzgebirge auf Be-
such, hatte dort das Unglück, krank zu werden, konnte also aus diesem
Grunde die Arbeit nicht so antreten, wie es bestimmt war, setzte
aber den Herrn B u h l durch eine Postkarte davon in Kenntnis. Als
nun die Kollegin wieder die Arbeit aufnehmen wollte, wurde ihr
gefragt, daß sie entlassen sei. Diese Handlungsweise wurde von der
Versammlung gebührend gekennzeichnet; auch wurde beschlossen, die
Angelegenheit dem Gewerbegericht zu übergeben. Die Versammelten
waren alle der Meinung, daß die Entlassung nur deshalb erfolgt
sei, weil die Kollegin Mitglied unseres Verbandes ist. Es wurde
nach beendeten, halbwegs eine Hausagitation vorzunehmen zur Ge-
winnung neuer Mitglieder. Zum Schluß forderte Kollege P ä n s c h
noch alle Anwesenden auf, sich politisch zu organisieren; auch muß
bei jedem die „Vergewalt“ im Haus zu finden sein. Gleichgültig
sag er die verfloßene Reichstagswahl in die Debatte und bemerzte,
daß die Sozialdemokratie glänzend dabei abgeschnitten habe. Dies
muß für jeden Tabakarbeiter ein Ansporn sein, sich politisch zu orga-
nisieren.

Seide. In der am 27. Januar stattgefundenen Versammlung
wurden die Kollegen R ö n n e f e l d t, j u m 1., S c h u m a c h e r j u m
2., W a l f e r t j u m 3. Bevollmächtigten, und die Kollegen S i e m -
s e n und B l ö c k e r als Kontrollen gewählt. Zum Kartell-
delegierten wurde Kollege S c h u m a c h e r bestimmt. Allgemein
wurde bedauert, daß unsere Versammlungen so schlecht besucht wer-
den. Jedemfalls ist es auf die Tätigkeit der Kollegen wegen der
Reichstagswahl zurückzuführen und dürfen wir zur nächsten Ver-
sammlung wohl besseren Besuch erwarten.

**Mitglieder, agitiert
für den Verband!**

Grösstes Zigarren-Wickelformenlager Deutschlands

in neuen und gebrauchten Formen finden Sie nur bei

L. Cohn & Co., Berlin N.,

Brunnenstrasse 24.

Verlangen Sie sofort Modellbogen von neuen und gebrauchten Formen. Zusendung kostenlos sofort.

Jedes Fasson in neu und gebraucht stets am Lager.

J. H. Koopmann, Bremen

Perasprocher 8948 Neustadtswall 36 Perasprocher 3948
empfehlen in bekannter Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decker, nur Vollblatt, 185, 200, 220, 240, 250, 260, 275, 280, 300, 320, 340, 420, 460, 500 A
Sumatra-Umblatt, Vollblatt, 155, 180 A
Java-Decker buntel 220 A, hell 280, 300, 320 A
Java-Umblatt 140, 155, 160, 165 A
Java-Einlage 95 A, mit Umbl. 110, 120, 130 A
Versteiland-Decker 260, 275, 300, 320 A
Brasil-Decker 175, 200, 210 A
Brasil-Einlage u. Umbl., leicht u. trocken, 125, 130, 140, 150, 160 A

Mexiko-Decker (Andres) 800, 850, 400 A
Havana 200, 250, 300, 400 A
Decker 700 A
Yara-Cuba 200, 220 A, feine Qualität
Seedleaf-Umbl. 120, 130, 140, 150 A
Carmen-Umbl. 100, 110, 125, 130 A
Domingo-Umblatt 110, 120, 130 A
Domingo-Einlage und Umbl. 100 A
Rio-Grande-Decker 120, 130 A
Einlage 110 A
Losegut, nur überseeische Original-Tabake, meist Umblatt, 100 A, beste Sorte leicht und sehr blattig 110 A

Wickelformen (neu und gebraucht in allen Fassons von 50 bis 150 A. Schiffchen-Abdrücke versende gratis und franco. Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde, besonders stark gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50 M. Gummi-Tragant, allerfeinste Ware, größte Klebefraft, per Pfd. 250 A. Zigarrenband pro 50 Meter-Rolle, gelb 80, 105, 120, 125, 150, rot 130 A. Bastbündelband, grau und lachsfarbe, pro 100 Meter-Rolle 150 A. Preise per Pfund verzollt einschliesslich Wertzoll. Versand nur unter Nachnahme.

L. Cohn & Co., Berlin N.

Telegr.-Adresse Brunnenstr. 24 Perasprocher
Formecohn Berlin Amt III, 513

Vollständige Einrichtungen für Zigarren-Fabriken

neu und gebraucht unter dankbar günstigen Bedingungen.

Grösstes Fabrik- u. Handels-Geschäft der Rohtabak- u. Utensilien-Branche

S gegründet 1870.
Grösstes Rohtabak-Lager
Amerikanische sowie deutsche Tabake.
Man fordere unsere Preislisten. — Man verlange unsere neuesten Modellbogen. — Zusendung kostenlos sofort.



Drucksachen aller Art
J. H. Schmalfeldt & Co., Bremen
Weg. Fabk.-Aufg. (tellw.) u. Preis: la. Grus 25, 55, 85, 95. Pfd. Rippe präp. 30. la. Umbl. 95, 135, 175. Heile Decke 3-350, ab 10% entrippt. Feine Einl. 120.
Jul. Mecht, Breslau 6.

Brinkmeyer & Co. Bremen

empfehlen als sehr preiswert

Sumatra-Deckblatt.
1. Länge Vollblatt, enorm blattig und sehr hell 550 A.
2. Länge Vollblatt, hellbraun, guter Geschmack 420 A.
3. Länge Vollblatt, matte Farben, feine Qualität 350 A.
1. Länge Stückblatt, großblättrig, hell 340 A.
2. Länge Vollblatt, hellbraun, Qualitäts-Tabak 300 A.
3. Länge Vollblatt, hellbraun, egalfarbig 260 A.
2. Länge Vollblatt, hellbraun, sehr preiswert 220 A.
2. Länge Stückblatt, gute braune Farben 215 A.

Java-Deckblatt.
1. Länge Vollblatt, hellfahl, vorzüglich 330 A
2. Länge Vollblatt, enorm blattig, sehr hell spottbillig 250 A.
2. Länge Vollblatt, braun, feine Qualität 240 A.
2. Länge Vollblatt, schwarz, Brasil-Grat 240 A.

Mexico-Deckblatt.
1. Länge schwarz-grau, hochfeinste Qualität 400 A.
1. Länge, braun, sehr ergiebig 250 A.

Brasil-Deckblatt.
Grus des Amazonas, feinstes dunkles Deckblatt 280 A.
Matias, ganz schwarze Farben 220 A.

Virginny-Deckblatt.
Egal dunkelbraun 200 A.
Gummi-Tragant, weiss, in Stücken 240 A.
Preise pro Pfd. verzollt inkl. Wertzoll.
Einlage und Umblatt-Offerte siehe in voriger Nummer dieser Zeitung.

Anerkannt sehr leistungsfähig ist die
Gebrüder Rauh Gräfrath
bei Solingen ::
Stahlwarenfabrik und Versandhaus I. Ranges. Versand direkt an Private.
Neu! 30 Tage zur Probe! Neu!
Vexier- oder Sicherheits- „Hubertus“
Gesetzlich geschützt! :: Jäger auf der Jagd darstellend.



Abbildung in natürlicher Grösse. Fest und sicher verschlossen. Kann nur von Eingeweihten geöffnet werden. Von selbst nicht zu erratende Mechanik. Echt braunes Saffianleder, Lederfutter, 3 Fächer, Biegel sehr verwickelt, Lamentasche mit Extraverschluss.
Ausführliche Gebrauchs-Anweisung wird jedem Stück beigelegt. 2 Buchstaben oder ein Monogramm in Golddruck in das Leder gepresst, kosten 10 Pfennige, der ganze Name 20 Pfennige.
No. 7360 Preis per Stück nur **Mk. 1.30**

Hubertus Vexier-Dorset
Wir bitten genau auf unsere Firma und Fabrikmarke zu achten.
BRILLANT
Eingetragene Fabrik Marke
Waffen und Jagdartikel, photographische Apparate, Uhren, Portemonnaies und andere Lederwaren, Bürstenwaren und viele andere Artikel in grosser Auswahl.
Der Weltlauf unserer Firma bürgt dafür, dass nur elegante, gediegene und preiswürdige Ware zum Versand kommt.
Tausende Anerkennungschriften loben die Güte und Qualität unserer Waren.
Bei Sammelaufträgen Extra-Vergünstigungen!

Neu! Dies ganz besonders preiswert offeriere: Neu!

Fertige Tabakeinlage à Mk. 0.95
Fertiges Tabakumblatt à Mk. 1.50

Bernhard R. Müller

Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.
Bestes Rohtabak-Verhandlungsgeschäft der Provinz. — Gegründet 1886.

Nicolaus Beck, Burg, Bez. Bremen

Zigarrenkisten-Fabrik Zigarrenkisten-Ausstattungen
Zigarrenkisten in Brettern und fertig ausgestattet. Verlangen Sie sofort Muster von Zigarrenkisten-Ausstattungen mit Angabe der Preise für fertige Kisten.
Zigarrenkisten-Ausstattungen in einfacher bis hochfeinster Ausführung v. 2.50 bis 12.50 M. pro Hundert mit 20 pSt. Rabatt. Auf Wunsch sende ich sofort Muster.

Roh-Tabak-Haus Altona/Eibe

Karl Ramm, Kronprinzenplatz 2
Aus meinem reichhaltigen Lager sämtlicher verz. ausl. Tabake empfehle besonders:
Sumatra-Deckbl., 2. Gg., ganz hell, feiner Brand, 180 A.
Sumatra-Deckbl., 2. Gg., ganz hell, für feines Fabrikat, 300 A.
Sumatra-Umbl., 3. u. 4. Gg., mit etwas Abf., leicht, 135, 140, 145, 150. Vollbl., mit Rippe zu arbeiten, leicht, zart und außerst ergiebig, 160, 165, 170 A.
Java-Umbl. n. -Einl. 110, 120, 125, 130, 140, 150, 160. Decke 180 A.
Havana-Seedleaf, sehr zart. Umbl., 145, Sandbl. 150 A.
Brasil-Einl., St. Feig, feine Qualität, 120, 130 A.
Brasil-Umbl. n. -Einl. 135, 140, 145, 150. Decke 160, 175, 200, 230, 250 A.
Havana-Einl. 130, 140, 150. Umbl. u. Einlage 180, 230, 250, 300, 320 A.
Domingo-Umbl. 110, 120, 130, Cuba 150, 180 A.
Losegut, nur ausl. Tabak, meistens Umbl. 100 A.
Ein Vergleich mit anderen Offerten wird jedes von der Güte und Preiswürdigkeit sofort überzeugen. Versand nur unter Nachnahme.

Rohtabak-Handlung
Hengfoss & Maak
Altona-Ottensen.
Filiale Berlin N.,
Brunnenstrasse 25. [25]

Bettmässen

Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeblich! Anskunft umsonst: Institut Sanitas, Velburg 68, Bayern

Asthma Pulver.
Vorzüglich bewährt und als ausserordentlich wirksamer Wirkstoff dabei
bedeutend wie die vielfach angegebenen
ausländischen Spezialitäten.
Preis p. Schachtel M. 4.50 franco bei
vorheriger Einsendung od. gegen Nachnahme Falkenapothek i. Düren 97M.

Telephon 11358. Postscheckkonto Leipzig No. 9928.

Hermann Lehmann, Leipzig

6 Bauhofstrasse 6
empfehlen als besonders preiswert und gut
Sumatra-Decker à 200, 210, 220, 240, 250, 260, 280, 300, 320, 350, 360, 410, 500 A
Sumatra-Umblatt à 160, 170, 180 A
Versteiland-Decker à 250, 320, 400, 500 A
Java-Umblatt à 150, 160, 170, 175, 180, 185, 190 A
Java-Einlage à 120, 125 A
Aufarbeiter à 130, 135, 140 A
Felix-Decker, [schwerer] Brand, 220 A
Felix-Einlage à 135, 145, 150, 160, 170, 175 A
Havana, höchfeine Einl., à 270, 350 A
Yara-Cuba, vorzüglich, à 280 A
Carmen-Umblatt à 130, 140, 145, 150 A
Carmen-Einlage à 115, 125 A
Domingo-Umblatt à 135, 145, 150 A
Domingo-Einlage mit Umblatt à 110, 115, 120 A
Mexiko San Andres 480, 460, 460, 140 A
Losegut, sehr blattig und gesund, à 120, 110 A
Härräcker à 92, 95, 100, 105 A
Preise per Pfund verzollt inkl. Wertzoll.
Versand unter Nachnahme mit 3 Prozent Skonto.
Man verlange neueste Preisliste. [10]

Rohtabakhandlung H. Edling, Bremen

empfehlen folgende gute Tabake zu billigen Preisen
Sumatra-Decker à 160, 180, 190, 200, 220, 240, 250, 260, 270, 280, 300, 310, 320, 350, 360, 380, 410, 460, 500 A
Java-Versteiland-Decker à 220, 240, 260, 280, 300, 320, 350 A
Brasil-Decker à 190, 200, 220, 240 A
Brasil-Einlage u. Umblatt à 120, 125, 130, 140, 150, 160, 170 A
Sumatra-Umblatt, Vollblatt à 150, 160, 170, 180 A, Stückblatt 180, 140, 160 A
Java-Umblatt à 140, 150, 160, 170 A
Java-Einlage u. Umblatt à 110, 120, 125, 130 A
Domingo à 100, 110, 120, 130 A
Carmen à 100, 110, 120, 130 A
Seedleaf (meist Umbl.) à 110, 115, 120 A
Havana-Einlage à 180, 200, 250, 300, 400 A, Decker 650 A
Yara-Cuba-Einlage à 150, 180, 200, 250 A
Mexiko-Decker à 250, 320 A
Losegut à 95, 100 A
Gemischte Original-Tabake à 110, 120 A
Java (geschnitten) à 110 A
Preise verzollt inkl. Wertzoll per 1/2 Rthl.
Kredit nach Vereinbarung. [13]

Gelesene
Tabak-Arbeiter
für an unorganisierte
Kollegen weiterzugeben.

Spardom. Am 24. Januar tagte unsere Mitglieder-Versammlung beim Gastwirt Kolbwech. Tagesordnung: 1. Kassenbericht; 2. Wahl der Bevollmächtigten; 3. Verschiedenes. Den Kassenbericht gab der 2. Bevollmächtigte. Der Kassenumsatz betrug 5226. Die Einnahme betrug einschließlich des Kassenbestandes von 194,22 M., der Extramarkten von 212,50 M., sowie sonstiges 44,30 M., 2015,62 M. Davon wurden an den Vorstand gezahlt 300 M. An die Aussperrungskasse wurden 900 M. abgeliefert. An Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wurden 909,80 M. ausgezahlt. Für Rechtschutz, Verwaltung, Porto und Schreibmaterial, sowie Sterbeunterstützung wurden 284,60 M. ausgezahlt. Der Kassenbestand betrug am 1. Januar 1912 131,42 M., in Summa 2015,62 M. Die Bevollmächtigten wurden sämtlich wiedergewählt. Neu gewählt wurde nur der Kollege Joh. Meier als Kontrolleur. Unter Verschiedenem wurde dann das vom christlichen Verbands herausgegebene Flugblatt besprochen. Das Verhalten des Verbandsmeisters Kleymann, welcher es mit seinem Posten als Verbandsleiter glaubt in Einklang bringen zu können, wenn er bei unseren Mitgliedern für den christlichen Verband agitiert, wurde lebhaft behandelt. Wenn der Verbandsmeister Kleymann meint, es sei richtig, daß alles, was auf einer Fabrik arbeitet, in einem Verbandsorganisiert sei, so stimmen wir dem grundsätzlich zu. Ja, wir gehen sogar noch weiter und sagen, es ist richtig, wenn in ganz Deutschland alles in einem Verbandsorganisiert ist. Man muß aber die richtigen Schlüsse ziehen. Der Deutsche Tabakarbeiter-Verband besteht länger, ist fester, leistungs-fähiger als der christliche Verband. Man kann also schlecht verlangen, daß frei organisierte Kollegen oder auch Kolleginnen zum christlichen Verbands überzutreten, eher könnte man davon reden, daß es umgekehrt richtig wäre. Wie muß man aber unsere Mitglieder einschätzen, wenn man glaubt, nachdem diese 13 Wochen hindurch pünktlich ihre Unterstützung bei uns erhalten haben, würden sie so mit nichts für den christlichen Verband übergeben. Wir glauben nicht daran. Aus der Mitte der Versammlung wurde dann ein pünktliche Zustimmung des Tabakarbeiter gegeben. Der erste Bevollmächtigte versprach, diesem Wunsch gerne nachzukommen, und wünscht, daß der Tabakarbeiter aber auch gründlich durchgesehen werde. Nachdem noch innere Verbandsangelegenheiten besprochen worden, schloß er mit einem Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiter-Verband die imponierend verlaufene Versammlung.

Emmendingen (Baden). Am 28. Januar abends 8 Uhr fand in der Sinnerhalle hier die Versammlung der hiesigen Zahlstelle statt. Der Gauleiter Kollege Durban, der zu dieser Versammlung eingeladen war, hielt mit einem Vortrag über „Der Kampf der Tabakarbeiter in Norddeutschland und Westfalen“. Der Vortragende entledigte sich seiner Aufgabe in glänzender Weise. Spannung lauchten die Anwesenden den Ausführungen über die Ursache und den Erfolg des Kampfes, um so mehr, als die wesentlichen Tabakarbeiterverhältnisse mit dem Oberbayerischen ziemlich identisch sind. In der Diskussion, die sich dem Vortrag angeschlossen, wies Kollege Meck auf die zwingende Notwendigkeit einer zentralen Organisation und deren unverzichtlichen Ausbau, namentlich in Oberbaden, hin. Die Wahl der örtlichen Verwaltung hatte folgendes Ergebnis: F. K. Ketterbach, 1. Frau Marie Lapp, 2. Joseph Zeimensoll, 3. Bevollmächtigte; Gustav Büchler, Emma Bühler, Rath Bauer als Kontrollen. Nachdem die Tagesordnung erschöpft war, konnte der Versammlungsleiter Kollege Meck mit einem kräftigen Appell an die Mitglieder und den neugewählten Vorstand der Zahlstelle, unermüdetlich für die Organisationsidee tätig zu sein, die leider schwach besetzte Versammlung schließen.

Uereinsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 10. — Telefon Nr. 6046. Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 10, zu adressieren.

Geld-, Einschreib- und Bertsenungen nur an B. Nieder-Bekand, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 10. — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Groß-einkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. B. G. in Hamburg. Postsparkonto Nr. 5349 beim Postsparkamt in Hamburg.

Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 10, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Gustav Mendorf, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 10, zu adressieren.

Für den Ausschuss bestimmte Zuschriften sind an Emil Gilten, Altona-Ottensen, Hoheneich 3, pt., zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Warnung!

Alle Bevollmächtigten, Auszahlender von Unterstützungen und alle Kollegen sind dringend gewarnt vor dem Zigarrenmacher Max Graf aus Berlin,

geb. 7. 1. 76, der in einer Reihe von Zahlstellen auf gefälschte Verbandspapiere und unter falschem Namen den Verband und einzelne Mitglieder gebändschigt hat. Vorgenannter Wursche, ein alter Verbrecher, reiste auf den Namen Max Grafert aus Berlin in, auf Karl Grosseff aus Plauen und auf Egon Laus aus Hamburg. Das sind die falschen Namen, soweit wir davon Mitteilung haben, es ist also sehr wahrscheinlich, daß noch auf andere Namen Unterstützungen erhoben sind. Es sei auf die Bekanntmachungen in Nr. 50, 51, 52, 53 und Nr. 1 des Tabakarbeiters hingewiesen. Es muß deswegen die Pflicht jedes Kollegen sein, dafür zu wirken, daß diesem Räuber das Handwerk gelegt wird.

Zur Ergreifung diene folgendes Signalement: guter blauer Anzug, Stehtragen mit schwarzer Krawatte und ein schwarzer Weste-Kmantel, gelbe Schuhe und ein Stockförm in gelber Hülle. Er ist schlank, mittlerer Größe, im Alter von 36 Jahren, jüdisches Aussehen, kleiner Bart und leicht gefälscht. Man sehe sich jeden auf der Wanderschaft befindlichen, der wegen Unterstützung vortritt, auf dieses hin an und veranlasse die polizeiliche Festnahme. Es ist weiter um Mitteilung zu machen, ob er aus einen der obigen Namen Unterstützung erhoben hat. (S. 1901, 2081, 2448, 2532/43/62, 2614/18/32/80.)

Markensendungen.

Es wird Klage geführt darüber, daß Markenbestellungen oft nicht rechtzeitig in den Besitz der Besteller gelangen. Die Klagen sind berechtigt und liegt die Schuld daran zum Teil bei den Bestellern selbst.

Wir müssen dringend wünschen, alle Bestellungen, als Marken oder andere Marken, dazu gehören auch Zuschüsse, so frühzeitig aufzugeben, damit sie auch erledigt werden können. Bestellungen, die erst Freitag oder Sonnabends in unsere Hände kommen, können nicht schon am gleichen Tage in den Besitz der Besteller sein. Wenn sich eine Bestellung notwendig macht, wie nach der Abrechnung, dann prüfe man doch bitte einmal, ob auch andere Marken bestellt sind. Es kommt sehr häufig vor, daß Bevollmächtigte in einer Woche 3, 4 ja 5 mal Bestellungen machen und sie dringend verlangen. Diese Bestellungen, die so verspätet und nacheinander eingegeben, können dann niemals rechtzeitig in die Hände der Besteller gelangen; es müssen unliebsame Verzögerungen eintreten, die dazu die Arbeit verzetteln und viel Geld kosten.

Extrarbeit.

Der 18. Extrarbeitag ist am 20. d. M. fälltig gewesen. Die Ortsverwaltungen werden jetzt ersucht, die künftigen Zahl an

ihre Pflicht zu erinnern und die Mitgliedsbücher darauffin zu kontrollieren, daß der Extrarbeitrichtig beachtet ist. Die Bücher der auf der Wanderschaft befindlichen Mitglieder sind besonders zu kontrollieren.

Als Revisor für die Hauptklasse wurde der Kollege August Meck gewählt.

Abrechnungen vom 4. Quartal 1911 gingen in der Zeit vom 24. bis 30. Januar beim unterzeichneten Vorstande ein:

- 1. Gau: Segeberg, Harburg, Altona, Rostock, Vergeborf.
- 2. Gau: Scharnebeck, Verden.
- 3. Gau: Achersleben, Schönhäusen, Neundorf, Genthin, Bernrode, Gausal, Calbe a. S., Stendal, Müschhof, Zerbst, Erleben, Groß-Peer.
- 4. Gau: Mühlhausen, Cassel, Schwewe, Gisleben, Wippenhausen.
- 5. Gau: Berste, Dünne, Bünde-Ennigloh, Blosheim, Enger, Busfeld, Rehme, Spenge, Bünde, West, Lipptstadt, Dsnabrück, Werber, Weiteranger, Huderkreuz.
- 6. Gau: Bonn.
- 7. Gau: Klein-Steinheim, Groß-Steinheim, Gleiberg.
- 8. Gau: Rofrbach.
- 10. Gau: Nachhausen, Schmöln (S.-A.), Bölgig, Leuchern.
- 11. Gau: Pegau, Eibau, Johanngeorgensstadt, Meissen, Eisterwerda, Dederan, Wittenberge.
- 12. Gau: Mustau, Neumarkt, Järischau, Oppeln, Altwasser, Brieg, Breslau, Schmiedruh, Greiffenberg.
- 13. Gau: Wolgast, Sommerfeld, Dahme.
- 14. Gau: Königsberg.

Der Vorstand.

Achtung, Bevollmächtigte!

Durch ein Versehen beim Versand der letzten Nummer des Tabak-Arbeiter ist es unterblieben, die graue Statistikkarte beizulegen.

Diese graue Karte ist nun der jetzigen Tabak-Arbeiter-Sendung beigelegt.

Es ist nun dringend erforderlich, daß die graue Statistikkarte bis spätestens Dienstag, den 6. Februar, an das Bureau wieder eingekandt wird.

Bei der Verantwortung der gestellten Fragen ist die in der Nr. 4 erfolgte Bekanntmachung zu beachten.

Zahlstellen, die schon die Karte für Monat Januar eingekandt haben, brauchen natürlich nichts einzusenden. Der Vorstand.

Vom Vorstande sind ernannt:

- Neüllingen: Joh. Widner als 1. Bev., Ludw. Vialle II als 2. Bev., Friedr. Schneider als 3. Bev., Peter Reibs, Karl Dorn, Joh. Vogel als Kontrollen.
- Pegau: Otto Kraft als 1. Bev., Karl Graband als 2. Bev., Rich. Böber als 3. Bev., Ernst Schuchl, Aug. Schmidt als Kontrollen.
- Deilinghausen: Fritz Wente als 1. Bev., Ernst Kirchhoff als 2. Bev., Heinrich Feld als 3. Bev., Wihl. Pappebaum, Heint. Steffen, Wihl. Wessertube als Kontrollen.
- Sodenheim: Ludwig Koch als 1. Bev., Ludw. Weich als 2. Bev., Fritz Weiteranger als 3. Bev., Joh. Pausl, Christ. Aner, Frau Böhren als Kontrollen.
- Magdeburg: Karl Adige als 1. Bev., Hellmuth Horst als 2. Bev., Karl Daus als 3. Bev., Karl Keffel, Eduard Hage, Otto Hempel und Adolf Schanz als Kontrollen.
- Minden i. Westf.: Wihl. Schlomann als 1. Bev., Aug. Beeremann als 2. Bev., Peter Ranscheid als 3. Bev., F. Doppel, D. Vog, B. Ernsting als Kontrollen.
- Bünde-Ennigloh: Gottlieb Klüter als 1. Bev., B. Vogtländer als 2. Bev., W. Zimmermann als 3. Bev., Fritz Robbe, Heint. Ficker, B. Oberfeld als Kontrollen.
- Gartha: Gustav Boigtänder als 1. Bev., Anna Böttcher als 2. Bev., Elemen Schwartzbach als 3. Bev., Martha Komisch, Marie Schreiber, Emma Heigel als Kontrollen.
- Höhne: Carl Schäfer als 1. Bev., Joh. Kähler als 3. Bev., Adam Woltrath, Ida Baumann als Kontrollen.
- Altwasser (Breslau): Heint. Kofe als 1. Bev., Herm. Bräuner als 2. Bev.
- Groß-Steinheim (Hessen): Jakob Daut II als 1. Bev., Eugen Josef Dißer als 2. Bev., Anton Winter als 3. Bev., Joh. Wihl. Heine, Adam Kopp, Karl Holzberberer als Kontrollen.
- Bremen: E. Wegner als 1. Bev., Heint. Bobbenkamp als 2. Bev., Otto Vindahl als 3. Bev., Herm. Sudernatiz, Anton Schütte, Herm. Obenhausen als Kontrollen.
- Johanngeorgensstadt: Robert Engelhardt als 1. Bev., Georg Dannt als 2. Bev., Ernst Wagner als 3. Bev., Karl Unger, Christ. Jensen, Rob. Härtel als Kontrollen.
- Gildesheim: Wihl. Marahrens als 1. Bev., Carl Koch als 2. Bev., Heint. Demmel als 3. Bev., Ernst Rehter, Heint. Thies, Josef Klare als Kontrollen.
- Verden: Fritz Günther als 1. Bev., H. Hüntemann als 2. Bev., Fritz Pagly als 3. Bev., C. Staabs, Joh. Meyer II, Martha Grimmeil als Kontrollen.
- Wöhne i. Westf.: Herm. Braumann als 1. Bev., Wihl. Baumann als 2. Bev., Wihl. Stude als 3. Bev., Heint. Nagel, Joh. Braumann, Heint. Nolting als Kontrollen.
- Nettelstedt i. Westf.: Wihl. Heitmeyer als 1. Bev., Friedr. Klemann als 2. Bev., Fr. Mellmann als 3. Bev., B. Hagemeyer, D. Krato als Kontrollen.
- Hadersleben: Joh. Mosegaard als 1. Bev., M. Christensen als 2. Bev., R. Grüner als 3. Bev., Fr. Müller, C. Hansen, J. Christensen als Kontrollen.
- Redarhausen: Jacob Engert als 1. Bev., Georg Michael Berg als 2. Bev., Franz Brunn als 3. Bev., Simon Vrecht, Michael Doberag als Kontrollen.
- Neüllingen: Rob. Behne als 1. Bev., Hinrich Schläter als 2. Bev., Herm. Schandorf als 3. Bev., Ernst Rombder, Heint. Rasch, Heint. Behne als Kontrollen.
- Breslau: Rob. Goffert als 1. Bev., Wihl. Stör als 2. Bev., Ernst Böhm als 3. Bev., Paul Ludwig, Luise Köbner, Adolf Hahn als Kontrollen.
- Hamburg: W. Sander als 1. Bev., B. Pithing als 2. Bev., F. Boerner als 3. Bev., F. Aushorn, F. Hörmann, A. Günter als Kontrollen.
- Heidenheim: Melchior Stübde als 1. Bev., Wihl. Rölls als 2. Bev., Aug. Rindler als 3. Bev., Johann Vauder, Frau Lohmann, Frau Wittlingmeier als Kontrollen.
- Gandersheim: Aug. Jürries als 1. Bev., Louis Müller als 2. Bev., Carl Fröhlig als 3. Bev., Fr. Müller, Dito Wersberg, Louis Jänig als Kontrollen.
- Giddenshausen: W. Schürmeier als 1. Bev., D. Schmidfranz als 2. Bev., D. Feldmann als 3. Bev., Fritz Niehaus, A. Bröhnhorst, G. Horkmann als Kontrollen.

Adressenänderungen.

- Pegau (Bez. Leipzig). 1. Bev. Otto Kraft, Lindenstr. 70 b; 2. Bev. Carl Graband, Breitestr. 167.
- Deilinghausen (Nr. Herford). 1. Bev. Fritz Wente; 2. Bev. Ernst Kirchhoff, Nr. 145.
- Sodenheim (Mannheim). 1. Bev. Ludwig Koch, Oberehaupstr. 72; 2. Bev. Ludwig Weich, Luisenstr. 28.
- Minden i. Westf. 1. Bev. Wihl. Schlomann, Greiffendruckstr. 22 II; 2. Bev. Aug. Beeremann, Königstr. 142.
- Oppeln (Schlesl.). 2. Bev. Heint. Schwarz, Adolajstr. 38, Hth. Altwasser (Breslau). 1. Bev. Heint. Kofe, Oberfalzbrunn, Auenstraße 85; 2. Bev. Herm. Kähler, Niederfalzbrunn Nr. 50.
- Bremen. 1. Bev. Louis Wegner, Gaffeldstr. 36; 2. Bev. Heint. Bobbenkamp, Rantstr. 39.
- Johanngeorgensstadt. 1. Bev. Robert Engelhardt, Sohegenistergasse 324; 2. Bev. Georg Dannt, Schallergasse 61.
- Höhne (Westfalen). 1. Bev. Hermann Braumann, Fallschelde bei Löhne Nr. 100; 2. Bev. Wihl. Baumann, Fallschelde bei Löhne Nr. 235.
- Nettelstedt (Westf., Nr. Ebbwede). 1. Bev. Wihl. Heitmeyer, Nr. 177; 2. Bev. Friedr. Klemann, Nr. 98.

- Breslau. 1. Bev. Robert Goffert, Leuthenstr. 18 III; 2. Bev. Wihl. Adhr, Friedrich-Wilhelmstr. 82 I.
- Gildesheim. 1. Bev. Wihl. Christange, Klosterstr. 88.
- Gandersheim. 1. Bev. Aug. Jürries, Moritzstr.; 2. Bev. Louis Müller, Altegasse 10.
- Herringhausen (Nr. Herford). 2. Bev. Herm. Wähle in Deilinghausen, Engerstr. 147.
- Wöhne i. Westf. 1. Bev. Heint. Oberhaus, Klein-Wöhne 17 (Post-Weiteranger); 2. Bev. Fritz Brinte in Wöhne Nr. 7.
- Eilenburg (Sachsen). 1. Bev. Franz Wintau, Webelwitz bei Eilenburg, Nr. 19 pt.
- Redarhausen. Zuschriften an 2. Bev. Georg Michael Berg, Hauptstraße 26.

Vertreibung. Bremerhaven: Der 1. Bev. Joh. Flegen wohnt in Lehe bei Bremerhaven, Rindmeststr. 44 pt. und nicht Bismarckstr.

Unterstützungen werden ausgezahlt:

- A.-Arbeitslosenunterstützung; K.-Krankenunterstützung.
- Sodenheim: A.-u. K.-u. bei dem 2. Bev. Ludwig Weich, Luisenstr. 28.
- Gildesheim: A.-u. bei dem 1. Bev. Wihl. Marahrens, Brühl 9, in der Zeit von 12 bis 1 Uhr mittags und 7 bis 8 Uhr abends; Sonntags von 12 bis 2 Uhr nachmittags.
- Gildesheim: A.-u. bei dem 2. Bev. Otto Hartwig, Leuthenerstr. 83 II.
- Höhne: A.-u. bei dem 1. Bev. August Kähler, Sägemühlenstr. 886, von 10 bis 4 Uhr nachmittags; Sonntags von 11 bis 12 Uhr vormittags. K.-u. bei dem 2. Bev. W. Meyer, Oberstr. 125, nur jeden Sonnabend abend von 9 bis 10 Uhr.
- Redarhausen: A.-u. bei dem 2. Bev. Georg Michael Berg, Hauptstraße 26, in der Zeit von 6 bis 7 Uhr abends; an Festtagen von 12 bis 1 Uhr mittags. K.-u. nur Sonntags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Vom 24. bis 30. Januar 1912 sind folgende Gelder bei mit eingegangen (B.-Verbandsbeiträge, E.-Extrarbeiträge, F.-Freiwillige Beiträge, L.-Lotallasse, A.-Anoncen):

21. Badisch-Rheinfelden, C. Schüll, 14., Dahme, 3. 50. — Juidau, 3. 30. — E. 157,25, F. 13,80. Klein-Krobenburg, E. 120. — F. 84,26. Greib, 3. 100. — E. 72,50. 22. Gauhen, 3. 100. — Gohls, 3. 78. — E. 38,25. Wipoln, 3. 100. — E. 50. — Meissen, 3. 100. — Görlich, 3. 200. — E. 250. — Redarhausen, E. 80. — Mühlhausen i. Thg., 3. 150. — Altona a. Elbe, 3. 1200. — Wolfenbüttel, 3. 100. — Nachhausen, 3. 10,98, E. 77,50. Strahburg i. C., 3. 16. — E. 19. — Juffenhausen, E. 60. — Ruzloch, 3. 50. — E. 46. — Cobramstein, 3. 8. — E. 22. — Neuhofheim, 3. 100. — Dünne, 3. 110. — E. 66,75. 23. Gildesheim, 3. 60. — Rottwig, 3. 20. — E. 31. — Blosheim, 3. 118,06, E. 50,75. Goh, E. 244. — F. 7,75. Erleben, 3. 52. — E. 53. — Groß-Steinheim, 3. 80. — E. 75. — E. 30. — Neüllingen, 3. 150. — Schwedt, E. 41,75. Gauhen, E. 100. — Ebbwede, 3. — E. 75. — Oppeln, 3. 18,03, E. 7. — Sedenheim, 3. 100. — E. 100. — Fella, 3. 42,08, E. 16. — F. 2,55. Epprottau, F. 15. — durch Ferd. Thuns, 24. Pegau, 3. 50. — E. 20. — Baldheim, E. 200. — Moringen, 3. 40. — E. 20. — Rottbach, 3. 47,50. Döbeln, 3. 80. — E. 70. — Schmöln, E. 115,75. 25. Rofrbach, E. 22,50. Brieg, E. 50. — Altwasser, E. 40,25. Lutzenau, 3. 70. — E. 30. — F. 10. — Bonn, 3. 40. — Rennighausen, 3. 325. — E. 675. — 26. Rehme, E. 270. — Schwewe, 3. 472,50, E. 27,50. Babbenhausen, 3. 200. — E. 21. — Neundorf, 3. 17,85, E. 9,50. Braunschwweig, 3. 100. — E. 100. — Hadersleben, 3. 150. — E. 60. — Schmöln, 3. 100. — 27. Hohn, 3. 86,50. Gildesheim, 3. 24,75, E. 35,25. Järischau, E. 50. — Bad Orb, 3. 100. — E. 60. — Bernburg, 3. 42,75, E. 77,25. Gr. Peere, 3. 5. — E. 50. — Cranenbaum, 3. 150. — E. 150. — Deppenheim, E. 63. — Gleichzeitig erfuchen wir, die Coupons oder Abschnitte der Zahlkarten stets mit dem Aufdruck der Zahlstellenstempel versehen zu wollen, damit irrtümliche Buchungen vermieden werden. Falls Zahlkarten gewünscht werden, bitte dieses auf dem Abschnitte vermerken zu wollen, damit die Zufendung erfolgen kann. Bremen, den 30. Januar 1912. W. Nieder-Bekand.

5. Gau.

Sonntag, den 11. Februar, vormittags 11 Uhr, zu Herford, Gewerkschaftshaus

Konferenz.

Zahlstellen im 5. Gau mit bis 200 Mitgliedern wählen 1, mit mehr als 200 Mitgliedern 2 Delegierte. Die Delegierten müssen mit einem Mandat, von der Zahlstelle ausgestellt, versehen sein. Die Einleitung: W. Schlüter.

Mitglieder-Versammlungen.

- Ohne Versammlungen und ohne regen Besuch derselben kein Fortschritt im Verband.
- Sonnabend, den 3. Februar:
- Freiberg i. S.: Ab. 8 1/2 Uhr, Union. L.-O.: Abrechnung, Wahl der Ortsverwaltung, Lokalasse, Verschiedenes.
- Babbenhausen-Uberbergen: Ab. 8 1/2, b. Wehmeyer. L.-O.: Was lehr uns die Aussperrung und das Verhalten der Christen. Ref.: Schlüter.
- Enger: Ab. 8 1/2, b. Niermann. L.-O.: Abrechnung, Wahl der Ortsverwaltung, Verschiedenes.
- Connerz: Ab. 8, Bürgergarten. L.-O. wird bekannt gegeben.
- Spenge: Ab. 8 1/2, b. Schröder. L.-O.: Abrechnung, Besprechung der Maßnahmen in den Fabriken, Wahl der Ortsverwaltung, Verschiedenes.
- Sonntag, den 4. Februar:
- Büsstedt: Nachm. 2 1/2, b. Göhling. L.-O. wird bekannt gegeben.
- Düßelborf: Vorm. 11, Volkshaus, Zimmer 3. L.-O. w. bet. gegeben.
- Löwenstein-Thal: Nachm. 3 1/2, b. Brodmann. L.-O.: Wahl d. Ortsverwaltung und Kartellbeleg, Verschiedenes.
- Wöhne: Nachm. 3, b. Bohne. L.-O.: Wahl der Ortsverwalt., Wahl eines Deleg. i. Konferenz, Kartellbericht, Vert. Angelegenheiten.
- Spadow: Nachm. 2, Spadower Höhe. L.-O.: Wahl eines Deleg. zur Konferenz.
- Sonnabend, den 10. Februar:
- Chemnitz: Ab. 8 1/2, Plauenische Bierhalle. L.-O.: Abrechnung, Wahl der Ortsverwaltung.

Gestorben:

Am 20. Januar zu Altona Peter Jensen aus Aalborg. Am 26. Januar zu Schwewe Friedrich Hugo aus Schwewe. Ehre ihrem Andenken!

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Bureau: Hamburg 21, Mozartstraße 5, I. Ausschuss: D. Sidow, Brandenburg a. H., Steinstraße 22. Schiedsgericht: Og. Fei, Hamburg 19, Schwentelstraße 54 II. Eingegangen: Seeheim 100. — Reilingen 200. — Kirchheim 130. — Brandenburg 250. — Ramißch 40. — Bölgig 50. — Diegnitz 50. — Gohls 100. — Dresden 300. — Sterbekasse: Ansbach 8.54, Hastedt 7.80, Gildesheim 11.27, Brandenburg 30.85, Schönhaufe 36.50, Gr. Steinheim 58.19, Schmöln 10.15, Bremen 29.05, Stuttgart 17.71, Ramißch 8.51, Halle a. S. 27.40, Hthau 119.60, Diegnitz 22.84, Dsnabrück 11.50, Südlängern 17.68, Gohls 50.15, Dresden 52.64. Zuschüsse: Gildesheim 10.50. — Hamburg 100. — Stuttgart 100. — Angensfeld 50. — Rinteln 50. — Fußgönheim 50. — Garbstradt 50. — Neuhofheim 200. — Südlängern 42.60, Baldheim 76. — Barnbeck 100. — Ansbach 50. — Frankenthal 137.66. Hamburg, den 29. Januar 1912. G. Otto.

H Meine neuesten direkten Einkäufe F

in den Einschreibungen vom 15. Dezember 1911 und 19. Januar 1912

250 Packen Bezoeki: Dados

42 „ Loemadjang: M. & Co.

28 „ Blitar: Prada

157 „ Loemadjang: Djoho

bieten Ihnen eine grosse Auswahl reifer und leichter, wohlschmeckender Java-Umblätter, Aufarbeiter u. Einlagen zu aussergewöhnlich billigen Preisen

Verlangen Sie sofort Bemusterung!

H Heinrich Franck F

Berlin N. 54
:: Brunnen-
Strasse 22.

Gegründet 1879.

Postscheckkonto: Berlin 1738.

Telephon: Amt Norden 4352. 3)

Hermeking & Boy

Berlin N., Brunnenstrasse Nr. 183

Roh-Tabak Bedarfsartikel

Sumatra-Decke, sehr große Auswahl mittel- und hellfarb. Vollblatt, 2. und 3. Längen à 250, 300, 325, 350, 375, 400 g, Sandblatt 3. Länge à 325 und 350 g, mittel- u. hellfarb. Lochblatt, 1. und 2. Längen, à 275, 300, 400 g, Umblatt à 180 g

Vorstenlanden-Decke, 1. und 2. Längen, dunkel, besser Mexiko-Gras, à 260 g, helle Rehrdecke à 300, 325, 350, 400 g

Java-Einlagen à 110, 115, 120, 125 g

Java-Aufarbeiter à 130, 135, 140, 145 g

Java-Umblatt à 150, 160, 170, 180, 190, 200 g

Mexiko-Decke, hochfein, à 500 g u. 550 g

Brasil à 150, 165, 185, 190, Decke à 250 g

Havanna à 350 g, Cuba à 200, 250 g

Domingo à 120, 135, Umblatt à 150, 170 g

Carmen à 110, 120 g, Umblatt à 130, 135, 145, 155 g

Uckermarkter Ia. 100 g

Beste überseeische Ware à 105 g

in Deckblatt-Ramponagen à 125 g

Sämtliche Tabake sind in Bezug auf tadellosen weissen u. flotten Brand sorgfältig durchprobiert.

Tabakpreise per Pfund verzollt inkl. Verzoll. Versand unter Nachnahme mit 3% Skonto.

Verlangen Sie Preisverzeichnis mit Beschreibung der Tabake.

Sir empfehlen } Sumatra-Decke, Vollblatt à 250 Pfg.
in einem guten, } Java, pa. Umblatt à 160 „
billigen Fabrikat } bestes Losgut à 105 „

Meyer & Weiss, Rohtabake, Bünde i. W.

Gründung 1892. — Fernsprecher No. 161. — Gründung 1892.

Verzolltes Lager aller Sorten Tabake und Kontor Bünde-Bahnhof.

Giro-Konto: Reichsbank, Bünde. Postscheckkonto: Hannover No. 3319.

Eigene Transit-Niederlage in Bünde und Amsterdam.

Abgabe jedes Quantums zu billigsten Engrospreisen.

Täglicher Postversand und Zollabfertigung. — Verzollung mit Begleitschein I und II ab eigenem Lager ohne Kosten, auf Wunsch bei geregelter Verbindung mit dreimonatlichem Zolldredit.

Spezialität in Sumatra- und Vorstenlanden-Decktabaken. Nur tadellos weisse brennende Tabake von 1 Mark an bis zu den feinsten Qualitäten.

Grosses Lager in

Java, Domingo, Carmen, Brasil, Mexiko, Havanna usw.

Verlangen Sie Preisliste und Muster.

Probe-Postkolli aller Sorten auf Wunsch.

Guterhaltene Proben a sverkaufter Tabake Durchschnittspreis

für Deckblatt-Tabake: I. Sortierung ... per Pfund 3.00 Mk. verzollt
II. Sortierung ... per Pfund 2.50 Mk. verzollt
III. Sortierung ... per Pfund 2.00 Mk. verzollt

von Umbl.- u. Einlage-Tabaken: I. Sortierung per Pfund 1.50 Mk. verzollt
II. Sortierung per Pfund 1.30 Mk. verzollt

Geschnittene fertige Einlage: Java u. Domingo gemischt 1.10 Mk. verzollt

Probe-Postpakete von 9 Pfund unter Nachnahme. Bei grösseren Posten Ziel nach Hebereinkunft. Jeder Versand führt zu geregelter Verbindung.

Carl Roland

Berlin SO., Rottbuscherstrasse 4

Sumatra-Vollblatt, tadellos
lofer Brand, pr. Pfund nur M. 2.50.

Java-Aufarbeiter, pr. Pfund
nur M. 1.30, 1.35 und 1.40.

Rohtabak-Versandhaus
Friedr. L. M. H. Meyer.
Hamburg, Elbstraße 49

Sumatra-Decke 3. Lg. 210 g, 2. Lg. 180, 250, 280, 300, 350, 400 g

Sumatra-Umbl. 145, 150, 160, 180 g

Vorstenl.-Decke I. Lg. 250 g, 2. Lg. 250, 280 g. Java-Einl. u. -Umbl. 120, 135, 150, 160 g. St. Felix Braut-Einl. u. -Umbl. 140, 145, 155, 160 g.

Decke 185, 220 g. Seebleder 150 g.

Domingo 110, 120, 130, 140 g. Mexiko-Decke 300 g. Umblatt u. Decke 140, 145 g. Havanna 150, 200, 220 g.

Briefe per Pfd. verzollt einschl. Verzoll. Versand unter Nachnahme. [14]

Jacob Hirsch jr., Mannheim B 1, 9.

Alle Sorten in- u. ausländischer Tabake zu billigsten Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Uebereinkunft bei Aufgabe von Ia. Referenzen.

Borstenland-Rehrdecke, 2. Länge

durchweg helle Farben, fast kein Sortiment, schneeweißer Brand, pro Pfund M. 3.50, in wieder vorrätig.

W. Hermann Müller

Berlin, Magazinstr. 14

Ferner empfehle ich sämtliche Utensilien zur Zigarren-Fabrikation in bekannt bester Ausführung

insbesondere: Neue bekannte befestigte Stielmaschine, pro Stück M. 18, Formpressen, Ia. Material, von M. 7.75 an, Zigarrenband, Rolle à 50 m von 45 g an, echt engl. Amiac sec. pro Pfund M. 1.75, Tragant von M. 1.50 pro Pfund an, Tabakanfänger (Berhäuser) in unerreicht schöner Ausführung von 75 g an, prima Einlage-Papier, blau, pro Pfund 17 g, Risten aus Ia. braun gewaschener Lederpappe in allen Größen billig, Schablonen in unerreicht schöner Ausführung. Preise haarencregend billig. 38. Katalog gratis und franco.

August Durladner, Mannheim H B. 7. 9.

Rohtabakhandlung

Empfeilt alle zur Zigarrenfabrikation erforderlichen Tabake verzollt und versteuert. Abgelegte Muster und vom Ballen. Reelle Bedienung. Versand gegen Nachnahme. Abgabe jeden Quantums. Grosses Formenlager.

Bertausche oder verkaufe

Grammophon mit 22 Platten (Wert 80 Mk.) gegen Utensilien zur Zigarrenfabrikation. Offerten unt. B. 13 postgergend Beerfelden.

Um die Adresse des Zigarrenmachers Heinrich Brühlig aus Galesstadt, Kreis Neuhaldensleben, bitte

Kustav Knipfel, 2. Ben. Ergleben.

Die Bewillmächtigten werden gebeten, ihn darauf aufmerksam zu machen.

Unsern Kollegen Paul Büsch, 3. Ben. von Gottesberg, zu seinem am 2. Februar 1912 stattfindenden

25jährig. Verbandsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche! Sie Mitglieder der Zahlstelle Altwasser.

Briefkasten.

Altwasser 80 g.
Beerfelden 150 g.
Ergleben 50 g.

Fernruf 4740 Postscheckkonto, Amt Leipzig 700.

Die Rohtabakhandlung

Pabst & Rinneberg

Leipzig, Thomasring 1
empfeilt sämtliche Sorten

Rohtabake

zur Zigarrenfabrikation.

Abteilung: Klein-Verkauf.

Nur verzollt einschliesslich Verzoll. — Versand unter Nachnahme bei 3% Abzug. — Preisliste frei! [15]